Beilage: Theorie und Praxis der Revolution
(aus "Zeri i Popullit", Organ des ZK der PAA)

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 28 vom 15. Juli 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Mitbestimmungsstreit zwischen DGB-Apparat und Kapitalisten

Mitbestimmung - Waffe gegen den revolutionären Klassenkampf

Großer Lärm um die Mitbestimmung. Fast könnte die Verfassungsklage der Unternehmerverbände glauben machen, hier ginge es gegen eine Errungenschaft der Arbeiterklasse, die dem Kapital ein Dorn im Auge ist. So versuchen es jedenfalls der DGB-Apparat und die revisionistische D„K"P hinzustellen. Vetters „scharfe Reaktion" — er blieb gar der Sitzung der „Konzertierten Aktion" fern — und das Aufheulen der D„K"P-Tageszeitung „UZ" („... Coup der Unternehmer...") sollten diesem Eindruck offensichtlich mehr Glaubwürdigkeit verleihen. Aber wenn die Mitbestimmung wirklich im Interesse der Arbeiterklasse wäre, wenn sie tatsächlich gegen die Kapitalisten gerichtet wäre, wie erklärt sich dann die Tatsache, daß das Mitbestimmungsgesetz vom vergangenen Jahr, gegen das die Verfassungsklage eingereicht wurde, fast einstimmig vom Bundestag verabschiedet wurde? Seit wann pauken die Bonner Parteien Gesetze durch, die sich grundsätzlich gegen die Interessen des Kapitals richten? Seit wann werden in Bonn Reformen gemacht, die die Lage der Arbeiterklasse verbessern?

Die Bonzen des DGB-Apparates sagen, die Verfassungsklage sei weniger gegen das Mitbestimmungsgesetz vom vergangenen Jahr gerichtet als gegen die Montanmitbestimmung, das heißt gegen die paritätische Mitbestimmung, die seit 26 Jahren im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie existiert. Das klingt insofern zunächst einleuchtend, als die Montanmitbestimmung ja erheblich weitergehend ist als die Mitbestimmung, wie sie durch das Mitbestimmungsgesetz von 1976 für die anderen Branchen geregelt wird. Wenn das Bundesverfassungsgericht tatsächlich das Mitbestimmungsgesetz von 1976 für verfassungswidrig erklären würde, würde das ja zwangsläufig mehr noch auf die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie zutreffen.

Soweit aus der bürgerlichen Presse zu erfahren war, werden zwei Punkte in der Verfassungsklage genannt. Erstens sei die Mitbestimmung in der gegebenen Form nicht vereinbar mit der „Eigentumsgarantie" des Grundgesetzes. Mit anderen Worten: sie würde das Privateigentum an den Produktionsmitteln angreifen. Der zweite Punkt richtet sich gegen die Einrichtung des „Arbeitsdirektors", das heißt gegen die Tatsache, daß laut Mitbestimmungsgesetz dasjenige Vorstandsmitglied, das für Personalfragen zuständig ist, „das Vertrauen der Belegschaft bzw. ihrer gewerkschaftlichen Vertretung" besitzen soll.

Das ist natürlich im Grunde alles Unfug. Welcher Personaldirektor besitzt denn das Vertrauen der Belegschaft? Und bedingt etwa die Mitbestimmung, daß eine Fabrik nicht mehr das Eigentum der Kapitalisten ist? Gehören die Stahlwerke von Thyssen oder Mannesmann denn jetzt den Arbeitern, weil dort paritätische Mitbestimmung herrscht? Müssen die Mannesmann-Arbeiter oder ihre Kollegen von Thyssen etwa nicht mehr ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen? Werden sie etwa weniger brutal ausgebeutet und unterdrückt als in Betrieben ohne Mitbestimmung? Gehört der Mehrwert, den sie schaffen, der Reichtum, den sie erzeugen, etwa ihnen selbst und nicht mehr den Kapitalisten? In Wahrheit ändert sich durch die Mitbestimmung rein gar nichts an der kapitalistischen Ausbeutung.

Der bekannteste Initiator der Verfassungsklage ist der Präsident der Vereinigung der Unternehmerverbände, Schleyer. Er erklärte in einem Interview, er sei keineswegs gegen die Mitbestimmung an sich. Das braucht man auch gar nicht anzuzweifeln. Die Gefahr, daß der DGB-Apparat die Mitbestimmung zu einem Hemmnis für die Interessen des Kapitals macht, daß er der optimalen Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter Steine in den Weg legt, besteht ja beileibe nicht. Er besitzt selbst einen der größten Konzerne der Bundesrepublik und ist mit dem Kapital und dem kapitalistischen Staat völlig verfilzt und verwachsen. Weil die Mitbestimmung, auch die Montanmitbestim-

Fortsetzung auf Seite 5



Vetter und Schleyer — geschworene Feinde...? Jawohl — sie sind geschworene Feinde der Arbeiterklasse.

Vorbereitungen auf Stahltarifrunde haben begonnen

IGM-Apparat boykottiert Lohnforderungen

Der IGM-Apparat will den Arbeitern und kleinen Angestellten in der Stahltarifrunde im kommenden Herbst unter dem Vorwand der „schlechten wirtschaftlichen Lage" einen empfindlichen Abbau der Reallöhne aufzwingen. Ferner hat er geplant, erneut die Erhöhung der stahltypischen Zuschläge (Zulagen für Spätarbeit, Nachtarbeit und für regelmäßige Schichtarbeit an Samstagen, Sonn- und Feiertagen) zu boykottieren. Dieser schamlose Verrat an den Forderungen der Stahlwerker wurde am 30. Juni von der zuständigen Tarifkommission der IGM in die Wege geleitet. Das ergibt sich aus einem Rundbrief der IGM-Verwaltungsstelle Dortmund an IGM-Funktionäre. Die Tarifkommission traf sich am 30. Juni zu ersten Mal, um die kommende Stahltarifrunde vorzubereiten.

Der arbeiterfeindliche IGM-Apparat will den Konzernherren in der Stahlindustrie helfen, durch einen entsprechend niedrigen Tarifabschluß bei den Löhnen und Gehältern die Lasten der Stahlkrise weiterhin brutal auf die Arbeiter und kleinen Angestellten abzuwälzen, damit die Kapitalisten weiterhin Milliardenprofite einheimsen können. **Demgegenüber fordern die Stahlwerker mit Recht eine echte Lohnerhöhung, um sich gegen die zunehmende Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lebensverhältnisse, gegen das weitere Sinken ihres Lebensstandards, zu wehren.**

Die Absicht der IGM-Bonzen, die schon seit zwei Jahren überfällige Erhöhung der stahltypischen Zuschläge erneut unter den Tisch zu kehren, ist eine zusätzliche Unverschämtheit. Schon zweimal haben sie die Zuschläge zwar gekündigt, aber dann jeweils doch keine Erhöhung vereinbart. **Gegen diesen erneuten üblen Verrat halten die Stahlarbeiter an ihrer gerechten Forderung nach einer wesentlichen Erhöhung der stahltypischen Zuschläge fest. Sie fordern unter anderem eine Erhöhung der Nachtschichtzulage von 20 auf 50 Prozent.**

Neben dem Tarifvertrag über die Höhe der Löhne und Gehälter und dem Abkommen über die stahltypischen Zuschläge stehen für das kommende Jahresende noch weitere Tarifkündigungen an. Unter anderem der Lohnrahmentarifvertrag und der Tarifvertrag über Sonderzahlungen (110% eines 13. Monatsgehalts). Die Tarifkommission hat auf ihrer Sitzung beschlossen, daß auf die Kündigung aller dieser Abkommen verzichtet werden soll. Der Verzicht auf die Kündigung des Tarifvertrags über Sonderzahlungen (13. Monatsgehalt) ist bereits endgültig, denn diese Kündigung hätte spätestens am 30. Juni, also dem Tag, an dem die Tarifkommission zusammentrat, erfolgen müssen. Damit haben die IGM-Bonzen auch das Versprechen gebrochen, das sie im vergangenen Jahr, als dieser Tarifvertrag abgeschlossen wurde, gegeben haben. Damals tönten sie: Die Erhöhung des 13. Monatsgehalts auf 110% sei ein Einstieg in ein Urlaubsgeld für die Kollegen in der Stahlindustrie; die IGM werde diesen Tarif zum nächstmöglichen Zeitpunkt kündigen, um die schrittweise Verwirklichung eines Urlaubsgeldes voranzutreiben.

Natürlich fürchten die Gewerkschaftsbonzen, daß sich die Arbeiter

Fortsetzung auf Seite 4

Nahost-"Friedenskonferenz"

Eine Falle für die arabischen Völker

Der israelische Zionistenchef Begin gab sich versöhnlich. Er sei bereit, so ließ er verlauten, noch in diesem Oktober über „alles, einschließlich des Jordan-Westufers" mit den Arabern zu verhandeln. Carter, der Vertreter der Dollar-Monopole, zeigte sich zufrieden. „Das paßt mir sehr gut", erklärte er in Washington. Kein Wunder, denn es sind ja die amerikanischen Imperialisten, die eine erneute Einberufung der sogenannten „Nahost-Friedenskonferenz" in Genf betreiben.

Und die Diplomaten Washingtons haben gerade in den letzten Monaten eine rege Reisetätigkeit im Nahen Osten entfaltet. Ihr Ziel: In den arabischen Ländern die Werbetrommel für die angebliche „Friedfertigkeit" der israelischen Zionisten zu rühren. Das Problem des von Tel Aviv geraubten arabischen Lands, so erklärten sie, könne nur am Verhandlungstisch in Genf gelöst werden, wo die amerikanische und die russische Supermacht gemeinsam den Vorsitz führen.

Aber die arabischen Völker wissen sehr wohl, was sie von den Friedensphrasen aus Tel Aviv zu halten haben. Sie sind stets nur das dürftige Mäntelchen gewesen, um neue Ag-

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

VFW-Fokker-Zweigwerk in Rumänien — Offene Türen für die Ausbeuter des Westens 2
Delegation des ZK der KPD/ML besucht Island 2
Reisebilder aus Ungarn 3
Kadar in Bonn — ein Sozialfaschist und Antikommunist 3
Klöckner/Bremen: Kampf gegen Entlassungen geht weiter 4
Stahlindustrie: Neue Massenentlassungen geplant 5
Jugendfestival in Wolgograd — Reklameveranstaltung für den Sozialimperialismus 6
7.900 DM Geldstrafe gegen die Opfer des Polizeiüberfalls 7
Sippenhaft 7

VFW-Fokker-Zweigwerk in Rumänien

Offene Türen für die Ausbeuter des Westens

Nach vierjährigen Verhandlungen ist zwischen dem kapitalistischen Konzern VFW-Fokker und Rumänien der Vertrag über den Bau eines gemeinsamen Flugzeugwerkes unter Dach und Fach gebracht worden. Von den 20 Millionen DM Stammkapital besitzt VFW-Fokker 45%, der rumänische Staat 55% der Anteile. Geplant ist der Bau von vorerst hundert Maschinen des Typs 614, von denen rund 50 für Rumänien selbst bestimmt sind. Der Rest soll vor allem in Entwicklungsländer exportiert werden. Wie man sieht, verspricht das Projekt ein Riesengeschäft zu werden.

Die westdeutschen und niederländischen Kapitalisten, denen VFW-Fokker gehört, können sich die Hände reiben. Denn die revisionistischen Führer Rumäniens haben das Land längst zu einem Tummelplatz der kapitalistischen Monopole gemacht und erlauben es ihnen, die rumänische Arbeiterklasse auszubeuten und auszupressen, vorausgesetzt, sie erhalten ihren Anteil. So haben sie seit 1971 über hundert sogenannte „Kooperationsverträge" mit den westdeutschen Imperialisten abgeschlossen. „Kooperationsverträge", d. h., daß die westdeutschen Imperialisten das Recht haben, Zweigbetriebe und Niederlassungen in Rumänien zu gründen. Dadurch erhalten diese nicht nur die Möglichkeit, in weite Bereiche der rumänischen Industrie einzudringen, sondern sogar, sie zu kontrollieren, wie es jetzt mit der Flugzeugindustrie geschieht.

Um dieses Eindringen der westlichen Monopole in ihr Land zu ermöglichen, haben die rumänischen Revisionisten schon vor einigen Jahren die Gesetze ihres Landes geändert. Sie erkannten ausdrücklich das Eigentum der ausländischen Imperialisten an Produktionsmitteln an und garantierten es. Sie erkannten außerdem das Recht der kapitalistischen Monopole an, die rumänische Arbeiterklasse auszubeuten, indem sie das „Recht auf Gewinn" und die Überführung des den rumänischen Arbeitern abgepressten Profits ins Ausland sanktionierten.

So frohlockte z. B. das Mitteilungsblatt der Industrie- und Handelskammer Essen in einem Bericht über das Zweigwerk des Getriebeherstellers Renk in Rumänien offen: „Die Unternehmensform (...) ist kapitalistisch. Der Unternehmenszweck ist auf die Erzielung von Gewinnen ausgerichtet, wobei der Transfer (die Überführung — RM) von Gewinnen ausdrücklich zugesichert wurde."

Die westdeutschen Imperialisten sind begeistert von den niedrigen Löhnen, die ihnen große Extraprofite garantieren und erwähnen immer wieder lobend die „Disziplin und Arbeitsmoral" der rumänischen Arbeiter, womit sie die eiserne Faust der revisionistischen Herrschaft über die Arbeiterklasse meinen, die den Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung abwürgen und unterdrücken soll.

Es liegt auf der Hand, daß die offene Tür, die die imperialistischen Ausbeuter in Rumänien vorfinden, niemals im Interesse der rumänischen Arbeiterklasse sein kann. Die unzähligen Kooperationsverträge, die schon abgeschlossen worden sind oder gerade vorbereitet werden, werden auf ihrem Rücken abgeschlossen.

Sie nützen allein den imperialistischen Ausbeutern und der rumänischen revisionistischen Bourgeoisie.

Es fördert auch keineswegs die Unabhängigkeit Rumäniens und den Aufbau seiner nationalen Wirtschaft etwa gegenüber den sowjetischen Sozialimperialisten, wenn die revisionistischen Führer den westdeutschen und anderen imperialistischen Ausbeutern die Hand reichen. Damit wird dem rumänischen Volk lediglich eine weitere Schlinge um den Hals gelegt. Nur im Kampf gegen beide imperialistischen Supermächte und gegen jeden anderen Imperialismus, nur dadurch, daß man sich hauptsächlich auf die eigenen Kräfte stützt, bleibt die Unabhängigkeit gewahrt, gerät man nicht in den Griff dieser oder jener imperialistischen Ausbeuter, deren einziges Bestreben es ist, den Völkern die Gurgel abzudrehen, sie auszubeuten und zu versklaven.

Die westdeutschen Imperialisten nutzen Rumänien außerdem auch als Sprungbrett für die Expansion in andere Länder, vor allem in die Entwicklungsländer. Da Rumänien angeblich sozialistisch ist und angeblich zwischen den Blöcken steht, verbergen sie sich hinter dem Aushängeschild einer rumänischen Mischfirma.

So versuchen die westdeutschen Imperialisten mit allen möglichen Mitteln neue Märkte zu erobern, um sich neue Profitquellen zu erschließen und andere Völker auszubeuten und auszuplündern.

Nahost-"Friedenskonferenz"

Eine Falle für die arabischen Völker

Fortsetzung von Seite 1

gressionen zu verschleiern. Und so ist es auch dieses Mal. Während Begin seine Erklärung über die angebliche Verhandlungsbereitschaft über das Jordan-Westufer abgab, wurden im Ministerausschuß für Siedlungswesen die Vorbereitungen getroffen, um fünf neue große Städte in eben diesem Gebiet zu bauen, das die Zionisten seit 1967 besetzt halten. Und diese Städte sind ja wohl nicht als Geschenk für das palästinensische Volk gedacht.

Die Tatsachen beweisen es immer wieder: Die israelischen Zionisten verteidigen ihre geraubte Beute mit Klauen und Zähnen, niemals werden sie bereit sein, dem palästinensischen Volk und den anderen arabischen Völkern das ihnen gestohlene Land freiwillig zurückzugeben. Nach wie vor versuchen sie, jeden Widerstand des palästinensischen Volkes gegen ihr Besatzerregime mit blutigem Terror zu ersticken. So warfen sie allein im vergangenen Monat über 100 Araber in ihre Kerker. Und das bedeutet für die Gefangenen, vollständig der faschistischen Militärgerichtsbarkeit ausgeliefert zu sein. Kürzlich berichtete sogar die Londoner „Sunday Times" darüber, daß Folterungen wie Schläge, Aufhängen an den Handgelenken, Elektroschocks usw. in den israelischen Gefängnissen und KZs „weitverbreitet und systematisch" sind.

Die Zionisten verfolgen nicht nur die in ihrem Herrschaftsbereich lebenden Palästinenser mit brutalem Terror. Ihre Mordkommandos dringen immer häufiger in den südlichen Libanon ein. Gemeinsam mit den faschistischen Banden der libanesischen Reaktion überfielen sie zum Beispiel das Dorf Yarine und richteten ein blutiges Massaker an, dem über 30 Bewohner zum Opfer fielen. Beinahe täglich schlagen israelische Granaten in libanesische Dörfer ein, fallen israelische Bomben auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon. Die Absicht der Zionisten ist deutlich: Sie wollen den südlichen Teil des Libanon ihrem Staat angliedern und ihn zum Aufmarschgebiet gegen die im Libanon stationierten bewaffneten Kräfte des palästinensischen Volkes machen.

Bei ihren Verbrechen gegen die arabischen Völker haben die israelischen Zionisten die volle Unterstützung der beiden Supermächte. Washington liefert ihnen die Waffen und Moskau in Form der jüdischen Einwanderer die Menschen, die diese Waffen gegen die Araber richten. Die Supermächte rivalisieren zwar erbittert um den Einfluß im Nahen Osten, jede will ihre Oberherrschaft über diese Region errichten. Aber gemeinsam treten sie gegen die um Unabhängigkeit kämpfenden arabischen Völker, vor allem gegen die palästinensische Befreiungsbewegung auf.

Zu diesem Zweck haben sie auch das Manöver mit der Genfer „Friedens"-Konferenz in Szene gesetzt. Auf dieser Konferenz soll die PLO ihre Unterschrift unter eine Erklärung setzen, die den Zionisten „sichere und anerkannte Grenzen" garantiert. Das aber bedeutet Verzicht auf den bewaffneten Kampf zur Zerschlagung des zionistischen Staates, zur Befreiung ganz Palästinas.

Um dem palästinensischen Volk einen solchen Verzicht schmackhaft zu machen, versuchen jetzt auch die amerikanischen und in ihrem Gefolge die EWG-Imperialisten, die Palästinenser mit dem Versprechen zu ködern, sie würden sich für die Schaffung eines sogenannten „Heimatlandes für das palästinensische Volk" einsetzen. Mit einem ähnlichen Plan sind auch seit längerem die Sozialimperialisten hervorgetreten. Aber entschieden hat das palästinensische Volk solche Manöver stets zurückgewiesen.

Es wird niemals akzeptieren, in einem solchen „Heimatland" genannten Reservat auf einem kleinen Teil des palästinensischen Bodens eingesperrt zu sein, entwaffnet, dem zionistischen Terror ausgeliefert, ein Spielball der Supermächte. Das palästinensische Volk führt den revolutionären Volkskrieg gegen die Zionisten, gegen die Supermächte und die arabische Reaktion, um den ganzen Boden Palästinas zu befreien.

Delegation des ZK der KPD/ML besucht Island

Kürzlich war eine Delegation unserer Partei auf Einladung des ZK der EIK(m-l) zu Gast in Island. Es wurden gemeinsame Gespräche zwischen beiden Organisationen geführt, die in einer freundschaftlichen Atmosphäre verliefen.

Inhalt der Gespräche war die gegenseitige Berichterstattung über die Entwicklung der Klassenkämpfe in beiden Ländern sowie ein Austausch der Kampferfahrungen der EIK(m-l) aus Island und der KPD/ML aus beiden Teilen Deutschlands.

Außerdem wurde die internationale Lage erörtert, insbesondere Fragen des Kampfes gegen die beiden Supermächte USA-Imperialismus und sowjetischer Sozialimperialismus und zum Sturz der eigenen Monopolbourgeoisien, gegen NATO, Warschauer Pakt und EG sowie gegen alle Spielarten des modernen Revisionismus.

Unsere Partei hat die Einladung der isländischen Genossen erwidert und eine ZK-Delegation der Bruderorganisation zum Besuch unseres Landes eingeladen.

Offen gesagt ...

Ein falscher Freund

Große Aufregung in Bonn. Der „entwicklungspolitische" Sprecher der CDU, Todenhöfer, sieht die SPD auf dem „Weg des Bluts" schreiten. Der Grund: SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr hatte in einem Interview von der Notwendigkeit gesprochen, die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zu unterstützen. Inzwischen hat sich auch die Bonner „Entwicklungshilfe"-Ministerin Marie Schlei hinter das Bahr-Interview gestellt.

Aber bedeutet das eine Wende in der Afrika-Politik der Bonner Imperialisten?

Man braucht sich nur die Erklärungen von Bahr genauer anzusehen. Einmal geht es ihm, wie er sagt, um sogenannte „gemäßigte" Befreiungsbewegungen. Im Klartext heißt das, um solche Gruppierungen, die sich mit dem Titel Befreiungsbewegung schmücken, in Wirklichkeit aber den Befreiungskampf sabotieren und die Versöhnung der Völker Südafrikas mit den Rassisten betreiben.

Daß es sich bei Bahrs angeblicher Sympathieerklärung für die Befreiungsbewegungen nur um einen üblen Roßtäuschertrick handelt, wird auch an anderer Stelle deutlich. So wurde Bahr von seinem Interviewpartner auf die Bundesbürgschaften angesprochen, mit denen die Bonner Regierung die Investitionen der westdeutschen Monopole in Südafrika garantiert. Darauf antwortete dieser falsche „Freund" der afrikanischen Völker frech, erstens spielten diese Bürgschaften keine Rolle und zweitens könnte die Bundesregierung nicht den freien Handel verbieten.

Dieser „freie Handel", das ist die Ausbeutung der billigen schwarzen Arbeitskraft durch die westdeutschen Multis wie VW, Siemens oder Bayer, die Überweisung von Millionenprofiten ihrer südafrikanischen Filialen an die Zentralen in Westdeutschland. Und natürlich denkt die Bonner Regierung nicht daran, diesen „freien Handel" einzuschränken. Im Gegenteil, sie hat ihre angeblich bedeutungslosen Bürgschaften für Investitionen in Südafrika im letzten Jahr verdreifacht. Sie stützt mit allen Mitteln, einschließlich der Militärhilfe, das rassistische Vorster-Regime, denn dieses Regime ist es schließlich, das den westdeutschen Monopolen die Ausbeutung der schwarzen Arbeiter sichert.

All die verlogenen Solidaritätserklärungen an die Adresse der afrikanischen Völker, wie sie Bahr jetzt abgegeben hat, dienen nur dazu, den Völkern Sand in die Augen zu streuen. Die Bonner Imperialisten versuchen sich als Freunde der Afrikaner herauszuputzen, um verstärkt in die schwarzafrikanischen Länder eindringen zu können. Schon heute hat zum Beispiel in Nigeria allein Siemens Aufträge im Wert von mehreren Millionen Mark. Auf der anderen Seite wollen sie über die sogenannten „gemäßigten Befreiungsbewegungen" ihren Einfluß auch auf die Kämpfe im südlichen Afrika verstärken, um die wirklich revolutionären Kräfte auszuschalten und ihre wirtschaftlichen Positionen zu sichern.

Aber die afrikanischen Völker werden ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung machen. Denn sie werden sich niemals mit Unterdrückung und Ausbeutung abfinden, sie werden in ihrem bewaffneten Befreiungskampf nicht nur die Rassisten niederschlagen, sondern auch alle ausländischen Imperialisten verjagen.

Kurz berichtet

HAMBURG

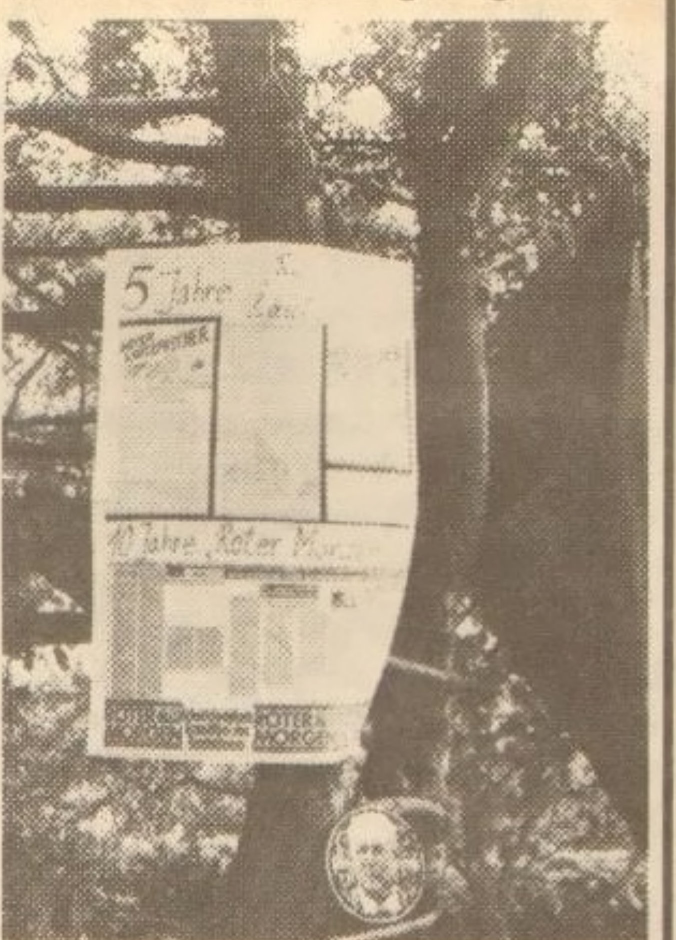
Am 30. 6. 77 veranstaltete der KSB/ML Hamburg an der Uni-Klinik einen Dia-Vortrag über das Gesundheitswesen im sozialistischen Albanien, der von der Gesellschaft der Freunde Albaniens zur Verfügung gestellt wurde. Über 40 Krankenschwestern, Pfleger, Studenten, Freunde und Genossen der Partei nahmen mit vielen eigenen Beiträgen an der Veranstaltung teil.

Die Erfolge des albanischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus unter der Führung der PAA wurden am Beispiel des Gesundheitswesens klar aufgezeigt. Die eigenen Erfahrungen mit dem kapitalistischen Gesundheitswesen als Patient oder als Beschäftigter, Schüler oder Student wurden von vielen der Anwesenden in lebhaften und plastischen Beispielen geschildert und verglichen mit der Medizin im sozialistischen Albanien. Nur im Sozialismus, niemals im Kapitalismus steht die allseitige Entwicklung und die Gesundheit des Menschen im Mittelpunkt allen Handelns. Die Notwendigkeit, den Kapitalismus zu beseitigen und an seiner Stelle die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus zu errichten, um eine wirklich humane, am Menschen orientierte Medizin zu entwickeln, wurde am albanischen Beispiel deutlich.

Bei der Propagierung der Veranstaltung im Kliniksgelände stießen die Genossen immer auf lebhaftes Interesse an Informationen über Albanien, und wir konnten so den KSB/ML, die Rote Garde und die Partei auch in diesem Bereich bekanntmachen.

KIEL

Auch die Zellen Elac und Hagenuk der Partei in Kiel haben kürzlich ein kleines Pressefest veranstaltet. Und zwar nicht nur für das zehnjährige Bestehen des „Roten Morgen", sondern auch für die Betriebszeitungen „Roter Lautsprecher" und „Angriff", die seit fünf Jahren als Betriebszeitungen der Partei erscheinen. So hatten sich im Schrebergarten eines Genossen ungefähr 15 Freunde, Kollegen und Genossen versammelt. Die Parteifahne war an einen Baum gehängt worden



und Wandzeitungen aufgestellt worden. Sie berichteten in Ausschnitten über die bisherige Geschichte der beiden Betriebszeitungen und den „Roten Morgen". Ein Parteigenosse hielt eine kleine Rede. Es wurde, wie geplant, ein zwangloses, geselliges Beisammensein bis in den Abend hinein.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Reisebilder aus Ungarn

Der Zug nach Budapest fuhr in Wien um 10.20 Uhr los. Wir saßen zu sechst in einem Abteil. Sechs Ungarn. Die meisten waren zu Besuch bei ihren Verwandten im Westen gewesen, in Österreich, USA, England usw. Jetzt fuhren sie nach längerem Auslandsaufenthalt wieder nach Hause. Unter ihnen war ein alter Mann von über 80 Jahren. Kaum fuhr der Zug los, begann er auch schon, seine endlosen, widerwärtigen Geschichten zu erzählen.

„Der Deutsche, das ist eine gute Rasse", sagte er. „Ich kenne sie gut, vor dem zweiten Weltkrieg als Offizier in Hortys Armee habe ich in Deutschland Fliegen gelernt." Er prahlte damit, daß er sogar Göring, „einen sehr braven, edlen Mann", persönlich gekannt habe. Es sei eine Schande, meinte er, daß die deutschen und somit auch die ungarischen Faschisten den Krieg verloren hätten, denn danach sei die kommunistische Willkürherrschaft der 50er Jahre gekommen. Er selber, sagte er, hätte ins Gefängnis gemußt, viele andere „ehrliche Menschen", sogar Kadar selbst, wären „unschuldige Opfer" Stalins und seines ungarischen Vertreters Rakosi geworden. „Aber heute", versicherte er mir dann schnell, „ist die Lage besser geworden." Er habe soeben seinen Sohn im Westen besuchen können,und vor acht Jahren wäre er sogar mit der Medaille des ungarischen Roten Sterns ausgezeichnet worden, da er, wie er sagte, im Jahre 1919, während der Räterepublik, in der Roten Armee gewesen wäre. Neben seiner Auszeichnung wurde ihm die Rente verdoppelt. Er bekam eine moderne Wohnung mit billiger Miete. Zufrieden sagte er: „Die heutigen Führer in Ungarn, Kadar etc.,sind ehrliche Menschen und man kann heute alles sagen, was man will."

— Dies war im wesentlichen der Inhalt der Reden, die er während der Bahnfahrt führte. Ich fand später in Ungarn diese Verschmelzung von faschistischen, nationalistischen und revisionistischen Gedanken und Praktiken nicht mehr in dieser Offenheit wieder. Die neue Bourgeoisie in Ungarn versteht es im allgemeinen besser, ihr wahres sozialfaschistisches Wesen mit pseudomarxistischem Vokabular zu bemänteln. Trotzdem wird durch diesen Fall das reaktionäre Wesen der herrschenden Klasse in Ungarn treffend charakterisiert.

Der Zug erreichte die ungarische Grenze bei Hegyeshalom und durchquerte dann die kleine Tiefebene. Hinter Komarom, einer Hafenstadt und Grenzstadion zur CSSR, verließen wir die Donauebene und fuhren durch das ungarische Mittelgebirge. Erst einzeln, dann immer häufiger ragen aus der Landschaft Zechentürme empor. Zwischen ihnen liegen kilometerlange Kalkabbaustellen. Schon seit dem vorigen Jahrhundert ist dieses Gebiet das Zentrum der ungarischen Bergbauindustrie. Almasfüzitö, Tata, Tatabanya sind seine größten Städte. Heute pulsiert in diesen Städten nicht mehr wie in den vergangenen Jahren des sozialistischen Aufbaus das Leben.

Die revisionistisch-kapitalistische Wirtschaftspolitik der Kadar-Regierung, wonach der Abbau der heimischen Braunkohle teuer und unwirtschaftlich ist, wonach Ungarn überhaupt ein „rohstoffarmes Land" ist, forderte auch in diesem Gebiet ihre Opfer. Ein großer Teil der Zechen wurde stillgelegt, viele Bergarbeiter verloren ihren Arbeitsplatz. Als Folge dieser Politik ist Ungarn heute völlig von den russischen Energiestofflieferungen abhängig und muß jährlich Milliarden Forint mehr für die gleichbleibende Importmenge von Rohöl, Erdgas und Kohle zahlen, denn die russischen Sozialimperialisten diktieren immer höhere Preise.

Die Leidtragenden dieser Politik sind die ungarischen Werktätigen. Denn die Kadar-Regierung kümmerte das Schicksal der entlassenen Bergarbeiter nicht. Viele Familien mußten aus der Gegend fortziehen, weil sie keine andere Arbeit fanden. Diejenigen Bergarbeiter, die in einem anderen Betrieb unterkamen, mußten Lohneinbußen bis zu 30% hinnehmen. Die Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern war groß und es kam zu größeren Protesten gegen die revisionistische Wirtschaftspolitik der Regierung.

Um 15.00 Uhr erreichten wir Budapest, die Hauptstadt Ungarns. Zwei Millionen Menschen, jeder fünfte Ungar, wohnen hier. Die Donau teilt die Stadt in Buda und Pest. Die Berge von Buda mit ihren großen Wäldern dienen heute als Ausflugsziel für die Budapester. Vor und während des zweiten Weltkrieges aber trafen sich hier die Mitglieder der illegalen Kommunistischen Partei Ungarns. Hier hielten die Kommunisten ihre Beratungen ab, diskutierten und planten Aktionen. Manche von ihnen mußten mit ihrem Leben für ihren Kampf gegen den Faschismus bezahlen — sie wurden von Hortys faschistischer Polizei brutal ermordet. Für die Helden der von Stalin geführten Roten Armee und für die ungarischen Kommunisten und Patrioten, die Ungarn vom Faschismus befreiten, steht mitten in Budapest auf dem Gellertberg an der Donau ein Freiheitsdenkmal. In ganz Ungarn ist der 4. April, der Tag, an dem 1945 Ungarn endgültig vom Faschismus befreit wurde, ein Feiertag.

Das Volk haßt die russischen Besatzer

Aber mit der Wiederherstellung des Kapitalismus in Ungarn haben die Feierlichkeiten zum 4. April ihren Charakter vollständig geändert, wurde ihre ursprüngliche Bedeutung ins Gegenteil verkehrt. Waren sie während der 50er Jahre Feiern des Triumphs über den Faschismus, Feiern in einem unabhängigen, sozialistischen Ungarn, so sind sie heute Feiern des herrschenden sozialfaschistischen Regimes, der russischen Sozialimperialisten und der ungarischen neuen Bourgeoisie. Waren sie in den 50er Jahren Feiern des Volkes, Feiern einer revolutionären Völkerfreundschaft zwischen dem ungarischen und den sowjetischen Völkern, so sind sie heute Feiern der sozialfaschistischen Knechtschaft der ungarischen Werktätigen durch die Moskauer Breschnew-Clique.

Am Fernsehschirm erlebte ich die heutigen Feierlichkeiten am Gellertberg: den Aufmarsch der russischen Generale mit dem hochmütigen Gesichtsausdruck der Besatzer; dahinter den Aufmarsch der ungarischen Vasallen, in ihren Reihen auch die sogenannten „Helden der sozialistischen Arbeit", diese Antreiber der Werktätigen, die an diesem Tag ihre Auszeichnungen für ihre Leistungen bei der Einführung neuer Rationalisierungsmethoden zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse entgegennehmen.

Das Volk nahm freilich an dieser Feier nicht teil. Es kamen nur die, die bestellt worden waren und diejenigen, die Wert darauf legten, dort gesehen zu werden.

Meine Gastgeber verließen bereits nach kurzer Zeit aus Protest das Zimmer, mich selbst bewog die Neugier, mir das Fernsehprogramm weiter anzusehen. In ihren Reden lobten die Revisionisten immer wieder ihre Politik. Gleichzeitig beteuerten sie, daß die enormen Preiserhöhungen für zahlreiche Artikel des täglichen Bedarfs „unumgänglich" seien. Obwohl sie also selbst zugaben, daß in Ungarn eine Teuerung existiert, behaupteten sie gleichzeitig, daß das Volk immer besser lebe. Immer wieder wurden die Arbeiter und Bauern aufgerufen, noch mehr zu arbeiten, an noch mehr Samstagen und Sonntagen am Arbeitsplatz zu erscheinen — angeblich zu Ehren des 60. Jahrestags der Oktoberrevolution — in Wirklichkeit aber, um die Profite der russischen Sozialimperialisten zu steigern.

Das ungarische Volk haßt die russischen Besatzer, die sich im ganzen Land breitgemacht haben. Ob in Ostungarn oder im Westen entlang der österreichischen Grenze — überall trifft man auf russische Besatzer. Es gibt keinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens, sei es Kultur, Wissenschaft oder Sport, wo man nicht auf russische Bevormundung trifft, bei dem Versuch, das ungarische Kulturerbe zu unterdrücken. Das Volk haßt diese neokolonialistische Unterdrückung, und sicherlich wird es eines Tages den Kampf gegen die russischen Besatzer aufnehmen und sie mit der Waffe in der Hand aus dem Land treiben, ihre Herrschaft und die ihrer ungarischen Vasallen stürzen.

Bankrott des „Gulaschkommunismus"

Während meines Aufenthaltes in Ungarn wurde ich für einige Tage von einer Familie eingeladen. Meine Gastgeber gaben mir für diesen Besuch zwei Pfund Fleisch mit. Ich hatte erst Bedenken, das Fleisch mitzunehmen. Denn ich glaubte, die andere Familie würde es als Beleidigung empfinden, wenn ich als Gast das Essen für mich und die Gastgeber mitbringen würde. Meine Ansichten über solche Geschenke änderten sich aber, als ich erfuhr, daß die Familie, die mich eingeladen hatte, bei einem Einkommen von 3.000 Forint und einer Miete von 1.000 Forint sich normalerweise kein Fleisch leisten kann.

Die Teuerung vor allem bei den Lebensmitteln ist ein großes Problem für die ungarischen Werktätigen. Letztes Jahr wurden die Fleischpreise um 33%, die Zuckerpreise um 50% und die Kaffeepreise um 30% erhöht. Kürzlich meldete die Regierung als „Erfolg" ihrer Maßnahmen, daß seit der Erhöhung der Fleischpreise der Verbrauch von Rind- und Schweinefleisch beträchtlich zurückgegangen sei. Was könnte deutlicher den völligen Bankrott des „Gulaschkommunismus" der Revisionjsten zeigen! Sie versprachen den Werktätigen vollere Fleischtöpfe, um von ihrem Verrat am Kommunismus und ihren Angriffen auf die Diktatur des Proletariats abzulenken und machen es ihnen heute, nach der vollständigen Restauration des Kapitalismus, unmöglich, sich auch nur mit den notwendigsten Nahrungsmitteln ausreichend zu versorgen.

Auf diesen schreienden Widerspruch zwischen der Regierungspropaganda über den wachsenden Konsum und der Wirklichkeit, stößt man bereits dann, wenn man in den Einkaufsstraßen Budapests spazierengeht. An zahllosen Geschäften sind die verschiedendsten westlichen Markenzeichen angebracht, oft ist selbst die Geschäftstür halb beklebt mit Reklameschildern von Diners Club, American Express usw. Geht man aber in die Geschäfte hinein, so sieht man, daß sich dort nichts Vernünftiges kaufen läßt.

Wohnungsnot der Werktätigen — Korruption der neuen Bourgeoisie

Seit der Einführung der neuen Wohnungsbaugesetze im Jahre 1971 gehören billige Wohnungen für die Werktätigen der Vergangenheit an. Viele Familien mit Kindern sind gezwungen, zur Untermiete in einem Zimmer zu wohnen. Für neue, moderne Wohnungen werden Wucherpreise verlangt. So berichtete kürzlich die Regierungszeitung „Magyar Nemzet" von einem Arbeiter, der 5.000 Forint — das Doppelte des Durchschnittslohns eines Arbeiters — für eine neue 2 1/2-Zimmer-Wohnung hinblättern mußte. Mit scheinheiliger Empörung meinte die Regierungszeitung, es sei schlimm, daß gewisse Leute die Wohnungsnot anderer ausnutzten. Fügte aber gleich hinzu, daß man nichts dagegen machen „könne".

Nun gibt es natürlich auch moderne Wohnungen mit niedrigen Mieten in Ungarn. Nur eben nicht, wie die Regierungspropaganda behauptet, für Arbeiterfamilien mit Kindern, sondern für die neue Bourgeoisie bzw. deren treue Diener. Wer sich mit dem Wunsch nach einer neuen Wohnung bei den Wohnungsämtern meldet, muß im Durchschnitt zehn Jahre warten. Ein Bekannter berichtete mir, daß es nur mit Beziehungen schneller geht. Er ist Lehrer, seine Frau Ingenieurin. Als sie heirateten, hatten sie keine Wohnung. Da erinnerte sich seine Frau, daß ihr Bruder der Klassenkamerad des damaligen Sekretärs des revisionistischen Jugendverbandes in einem Budapester Bezirk war. Alle drei gingen dann zum Parteisekretär, nahmen ein „paar Tausenderscheine" mit und innerhalb einer Woche erhielt das Ehepaar eine moderne und billige Wohnung. „Man kann heute in Ungarn nur durch Beziehungen und durch Geld etwas werden", sagte mir der Lehrer und kennzeichnete damit sicher richtig das Ausmaß der Korruption, das in Ungarn mit der Wiederherstellung des Kapitalismus Einzug gehalten hat.

Hetzpropaganda der neuen Bourgeoisie gegen den Kommunismus

Die neue Bourgeoisie, die den Sozialismus in Ungarn stürzte, um ihre eigene Macht und Diktatur errichten zu können, bekämpft den Marxismus-Leninismus mit allen Mitteln. Sie bedient sich dabei nicht nur der staatlichen Gewaltorgane, um jede fortschrittliche Opposition und erst recht marxistisch-leninistische Ansichten mit brutalem Terror zu unterdrücken. Sie bekämpft den Marxismus-Leninismus mit einer massiven Propaganda. Einmal versucht sie ihn unter den Massen zu diffamieren, indem sie ihre eigene faschistische Diktatur, ihre Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen als „sozialistisch" ausgibt. Zum andern konzentriert sie ihre Propaganda — neben den Verleumdungen über die SVR Albanien und die VR China — auf die Verbreitung von Hetzlügen über das sozialistische Ungarn der fünfziger Jahre. Am 4. April zeigte zum Beispiel das Fernsehen einen Film über die Jahre 1947/48 in Ungarn.

In diesen Jahren führte die ungarische Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei einen entschlossenen, revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System und gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie. Als Ergebnis dieses siegreichen Kampfes konnte im Jahre 1949 die Diktatur des Proletariats errichtet werden. Die Bourgeoisie gab sich damit aber keinesfalls geschlagen. Im Gegenteil, sie kämpfte erbittert, um die Diktatur des Proletariats zu stürzen. Dabei spielte eine Verschwörergruppe der jugoslawischen Tito-Clique eine besondere Rolle. An dieser Verschwörergruppe gegen die Diktatur des Proletariats in Ungarn nahm auch Kadar teil. Er wurde deshalb zu Recht verurteilt und ins Gefängnis geworfen.

In dem erwähnten Film des ungarischen Fernsehens stellt sich die Sache völlig anders dar. Hier ist der positive Held ein „Parteigenosse" vom Schlage Kadars, der „friedlich", durch geschickte Verhandlungen etc. den Willen der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten durchsetzt, während der negative Held, der im Film als „Stalinist" eingestuft wird, nicht die Interessen der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten vertritt, sondern Terror gegen das Volk ausübt, ein ganzes Dorf, eine Reihe seiner Parteigenossen, kurz alle, die nicht seiner Meinung sind, ins Gefängnis wirft und mit dem Tod durch Erschießen bedroht. Durch solche Geschichtsfälschungen soll den Werktätigen und vor allem den Jugendlichen, die diese Zeit nicht selbst miterlebt haben, weisgemacht werden, daß die „Stalinisten", also die wahren Marxisten-Leninisten, die gefährlichsten Feinde des Volkes und des Sozialismus waren und nicht die Bourgeoisie und ihre Agenten, die modernen Revisionisten.

Die Diktatur des Proletariats muß neu errichtet werden!

Die wirtschaftliche Unsicherheit im ganzen Land, die immer stärker anwachsende Verelendung der Werktätigen auf der einen Seite und wachsender Reichtum auf der Seite der Bourgeoisie kennzeichnen die heutige Lage in Ungarn. In Gesprächen mit Arbeitern wird ihre Unzufriedenheit mit dem Kadar-Regime sehr deutlich. Berichten von Arbeitern zufolge kam es in vielen Betrieben zu Streiks. Außerdem hörte ich, daß in Budapest immer wieder Parolen auftauchen wie „Es lebe Mao Tsetung" oder „Es lebe der Marxismus-Leninismus".

Eine kleine Begebenheit, die zeigt, daß das sozialfaschistische Regime den Marxismus-Leninismus trotz aller Bemühungen nicht auslöschen kann, habe ich selbst erlebt. Als ich eines Tages eine kleine Budapester Gaststätte besuchte, stellte der Besitzer oder Pächter nach einer Weile das Radio an. Wer beschreibt meine Überraschung, als aus dem Radio nicht die gewohnten revisionistischen Reden ertönten, sondern die Stimme Radio Tiranas; und das 15 Minuten lang. Das Interesse in Ungarn an Albanien und China ist groß. Immer wieder wurde ich danach gefragt. Vor allem bei den einfachen Menschen fand ich mit meinen Berichten große Aufmerksamkeit und mancher von ihnen meinte: „Ja, wenn die Dinge dort so sind, dann bin ich auch für Albanien."

Es ist sicher. Die ungarische Arbeiterklasse wird sich mit der Herrschaft der russischen Sozialimperialisten und der ungarischen neuen Bourgeoisie niemals abfinden. Sie wird ihren Klassenkampf gegen das sozialfaschistische Regime verstärken und eines Tages unter der Führung einer marxistisch-leninistischen ungarischen Partei in der sozialistischen Revolution die Diktatur der Bourgeoisie stürzen und die Diktatur des Proletariats wiedererrichten.

Ein Sozialfaschist und Antikommunist

In der vergangenen Woche wurde der Sozialfaschist Kadar, Vorsitzender der ungarischen revisionistischen Partei USAP, in Bonn mit großen Ehren empfangen. Die Bonner Regierung und die bürgerliche Presse stellten diesen Diktator als einen „liberalen und humanen Kommunisten" hin, der Ungarn angeblich zu einem „freien Land" gemacht haben soll.

Die westdeutschen Imperialisten haben natürlich treffende Gründe, das in Ungarn herrschende sozialfaschistische System als „human" und „frei" zu bezeichnen. So ermöglichen es ihnen die Gesetze Ungarns z. B., gemeinsame Betriebe mit ungarischen Staatshandelsunternehmen zu gründen, wo sie bis zu 49% der Besitzanteile erwerben können.

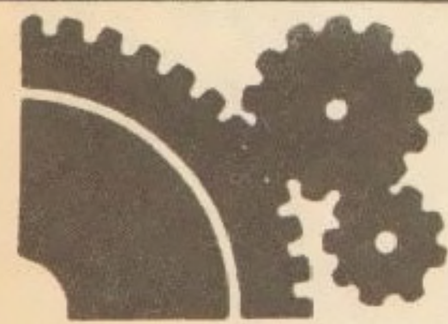
So können sich die westdeutschen Kapitalisten unmittelbar an der Ausbeutung der ungarischen Arbeiter beteiligen und ihre Profite machen. Nicht umsonst hat z. B. die Miederfabrik „Triumph" ihre Werke in Bayern zum Teil geschlossen und dafür in Ungarn investiert. Die ungarischen Arbeitskräfte sind billiger und die sozialfaschistische Unterdrückung der Arbeiterklasse sichert ein viel „friedlicheres Betriebsklima" als bei uns. Kein Wunder also, daß bis jetzt schon über 200 solcher gemeinsamer Betriebe von westdeutschen Kapitalisten und dem ungarischen Staat gegründet worden sind.

Kadar ist weder „human" noch ein Kommunist. Eingeschlichen in eine führende Position der kommunistischen Partei, beteiligte er sich aktiv in der titoistischen Verschwörergruppe, die in den Jahren 1950/51 den Sturz der jungen Volksdemokratie und die Wiedererrichtung der kapitalistischen Ausbeuterordnung plante. Er wurde ertappt und völlig zu Recht ins Gefängnis gesteckt. Im Zuge der revisionistischen Entwicklung der ungarischen Partei wurde er jedoch 1955 aus dem Gefängnis geholt und war bereits kurz vor dem konterrevolutionären Putschversuch von 1956 wieder in die höchsten Spitzen der Partei aufgestiegen.

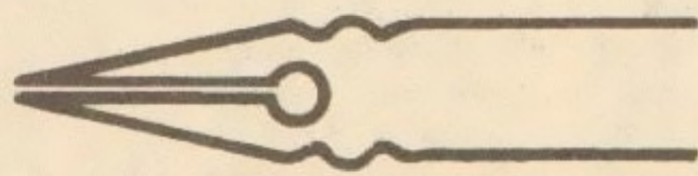
Hier erwies er sich als Mann ohne jegliche Grundsätze, als hinterhältiger Verräter, der nicht davor zurückschreckte, seine revisionistischen Busenfreunde ans Messer zu liefern, um selbst an die Macht zu kommen. So unterstützte er in der ersten Woche des Putsches aktiv den Konterrevolutionär Imre Nagy. Als sich dieser offen zum westlichen Kapitalismus bekannte und Kadar sah, daß der Putschversuch scheitern würde, warf er sich Chruschtschow an den Hals und wurde von diesem zum Führer der Partei und des Staates gemacht, wurde und blieb er ein williger Lakai der sowjetischen Revisionisten. Kadar ist einer der Hauptverantwortlichen dafür, daß Ungarn heute eine Kolonie der sowjetischen Sozialimperialisten ist. Als Vertreter der neuen ungarischen Bourgeoisie restaurierte die Clique um Kadar auf allen Gebieten den Kapitalismus.

Die Folgen der revisionistischen Politik Kadars sind bekannt: Inflation, Energiekrise, Rationalisierungsterror in den Betrieben. Die Ausbeutung der Werktätigen wächst von Tag zu Tag. Angesichts dieser Tatsache ist es einfach eine Lüge, wenn die bürgerlichen Zeitungen hier bei uns behaupten, hinter Kadar stünde die Mehrheit des Landes. Hinter ihm steht nur eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung — die neue Bourgeoisie. Die Mehrheit, das Volk, haßt die neuen Ausbeuter und Unterdrücker und wird sie eines Tages verjagen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Gesteigerte Arbeitshetze

Liebe Genossen!

Ich arbeite als Schiffsmakler auf der Schleuse in Brunsbüttel, d. h. als kleiner Angestellter. Ich gehe in der Schleuse an Bord der Schiffe und wickle die Formalitäten ab, d. h. Ausfüllen der Kanalklarierungen, Nachrichtenverbindungen per Fernschreiber zu den Bestimmungshäfen, den Charterern und Reedereien herstellen, Postverkehr erledigen, Ein- und Aussteiger vermitteln, Organisation praktisch aller Probleme, die das Schiff nicht selbst lösen kann.

Die Arbeit wird in vier Schichten rund um die Uhr (Contischicht) gemacht, d. h. an vier Tagen hat man drei Schichten: Nachmittagsschicht von 13.00 Uhr bis 19.00 Uhr, dann Frühschicht am nächsten Tag von 6.00 Uhr bis 13.00 Uhr, dann am selben Tag Nachtschicht von 19.00 Uhr bis 6.00 Uhr des nächsten Tages, dann zwei Tage frei. Die Contischicht ist bereits eine ziemlich brutale Vergewaltigung der menschlichen Natur. Fast alle älteren Kollegen haben nervöse Magenleiden (bis zum Magendurchbruch und Magengeschwür) und vegetative Störungen. Die Kollegen witzeln daher oft darüber, daß man glücklich sein kann, wenn man die Rentenbeiträge nicht umsonst gezahlt hat und das Rentenalter noch erreicht.

Ursprünglich hatten die 4 Maklerfirmen jede ihren eigenen Schichtdienst, zusammen pro Schicht ca. 13 Mann. Vor drei Jahren haben sie den Schichtdienst zu einem Gemeinschaftsdienst zusammengelegt. Seit der Einführung des Gemeinschaftsdienstes haben sie bis auf die Hälfte, d. h. 6-7 Mann pro Schicht herunterrationalisiert. Gleichzeitig haben sie uns noch die Arbeit der jetzt geschlossenen staatlichen Abgabenstelle aufgebürdet.

Vor allem zu den Stoßzeiten (Wochenende, Feiertage) ist die Arbeitshetze jetzt sehr groß. Viele Kollegen sind am Ende einer Schicht, vor allem der Nachtschicht, völlig fertig mit den Nerven.

Die gesteigerte Arbeitshetze bedeutet auch eine Beeinträchtigung unserer Sicherheit. Denn wenn man schnell an und von Bord muß, kann man häufig schlecht warten, bis der Landgang vorschriftsmäßig festgemacht ist oder vergißt man leicht zu überprüfen, ob der Landgang richtig festgemacht ist. Auch kommt es häufig vor, daß man aus Zeitmangel eine waagerecht liegende Leiter überklettern muß oder einen fast senkrecht stehenden Landgang hinunterhangeln muß, weil inzwischen das Wasser in der Schleuse gefallen oder gestiegen ist.

Theoretisch müßte man warten, bis die Festmacher wieder zum Schiff kommen und zusammen mit den Decksleuten an Bord einen neuen Landgang stellen. Aber bis dahin sind die anderen Schiffe, die auch in der Schleuse liegen und die man noch abfertigen muß, schon weg. Die anderen Schiffe sausen zu lassen, um der eigenen Sicherheit genüge zu tun, riskieren die meisten angesichts der Erpressung mit den Arbeitslosen nicht.

Im Zusammenhang mit dem 6,6%-Abschluß (auf den Tarifhungerlohn berechnet, für den hier keiner arbeitet) haben die Kapitalisten so ungeheure Profite aus unseren Knochen geschunden. **Die Wut der Kollegen auf diese Schinderei** wächst ständig. Aber noch sind die Kollegen stark gespalten; innerhalb der Wachen, zwischen den Wachen, zwischen den verschiedenen Firmen, zudem sind wir nur eine kleine Gruppe, die noch dazu aus den verschiedensten Berufen kommt und wo auch ständig Kollegen in die verschiedensten Berufe abwandern.

Aber es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch hier sich die Wut der Kollegen in irgendwelchen Kampfmaßnahmen Bahn bricht. Da reicht oft ein kleiner Anlaß.

Rotfront!

Ein Genosse, der eine Lehre als Einzelhandelskaufmann macht, schickte uns vor kurzem folgende zwei Korrespondenzen:

Bittere Erfahrungen

Nachdem ich mit zum Klassensprecher meiner Berufsschulklasse gewählt worden bin, ging ich daran, mich intensiv mit einigen Kollegen über ihre Erfahrungen in den Betrieben zu unterhalten:

So erzählte mir eine Kollegin, die in einem Kleinbetrieb arbeitet, daß ihr Chef sie jeden Abend ab 18.30 Uhr (also nach Ladenschluß) den Laden wischen läßt. Früher war es sogar so gewesen, daß sie nach Ladenschluß erst alle Regale füllen mußte, bevor sie dann noch wischen „durfte". Sie hat dabei in kurzer Zeit fast zehn Kilogramm Gewicht verloren, weil sie sich so geärgert hatte und Angst hatte, etwas dagegen zu unternehmen.

Einmal verdächtigte ihr Chef sie ungerechtfertigterweise, 100 DM aus der Ladenkasse gestohlen zu haben. Monatelang hat sie daraufhin die ihr zustehende Gehaltserhöhung von 24,50 DM nicht ausgezahlt bekommen.

Eine andere Kollegin mußte jeden Morgen schon um 6 Uhr in den Betrieb kommen um aufzuräumen. Wieder eine andere Kollegin muß, während ihr Chef verreist oder weg ist, die Geschäfte führen. Der Betrieb beschäftigt nur Lehrlinge, weil das billige Arbeitskräfte sind. Und so muß sie dann praktisch die Arbeit einer Geschäftsführerin machen — für das bißchen Geld, das sie als Lehrling bekommt.

Eine andere Kollegin mußte oft nach der Berufsschule wieder in den Betrieb kommen, was verboten ist.

Machen die Kolleginnen und Kollegen die Schikanen und die Überausbeutung nicht mit, lehnen sie sich auf und kämpfen, dann ist ihr ohnehin drohender Rausschmiß nach der Lehre oft schon besiegelt. Das ist auch der Grund, warum noch so viele stillhalten.

Aber wir haben beschlossen, uns nach den Ferien zusammenzusetzen und gemeinsam den Kampf gegen diese Schweinereien aufzunehmen.

Die Hälfte fiel durch

Unsere Berufsschulklasse besteht aus rund 35 Schülern. Davon sind bei der Verkäuferprüfung etwa die Hälfte durchgefallen und bereiten sich auf die Nachprüfung vor. Ist diese große Zahl von Schülern in einer Klasse schon unverschämt, so fehlt außerdem im Unterricht das wichtigste Fach für uns, Warenkunde, völlig. Der Grund: Allein in unserer Klasse gibt es Lehrlinge aus neun verschiedenen Einzelhandelsbranchen und jede Branche hat natürlich ihren eigenen speziellen Stoff für das Fach Warenkunde. Es ist kein Wunder, daß bei einer solchen „Vorbereitung" so viele Schüler durchgefallen sind.

Das ist ein Beispiel für das kapitalistische Schulsystem, das billige Lohnsklaven hervorbringt, weil die noch besser auszubeuten sind.

IGM-Apparat boykottiert Lohnforderungen

Fortsetzung von Seite 1

den Verrat an ihren Forderungen nicht mehr gefallen lassen. Deshalb forderte die Tarifkommission die betrieblichen Funktionäre der IGM auf, geschickt vorzugehen, um den Widerstand der Kollegen abzuwiegeln und zu zersetzen. Die IGM, so die Tarifkommission, könne es sich nicht leisten, die stahltypischen Zuschläge ein drittes Mal zu kündigen, ohne dann auch eine Erhöhung durchzusetzen. Deshalb hätten die Funktionäre die Aufgabe, in der betrieblichen Diskussion „die Notwendigkeit klar zu machen", daß in diesem Jahr auf die Kündigung der Zuschläge verzichtet werden muß. Man müsse den Stahlarbeitern klarmachen, daß „die Verbesserung bei den Zuschlägen die Einkommensverbesserungen aller Arbeiter und Angestellten mindern" werde. Mit anderen Worten: „Wollt ihr, daß die stahltypischen Zuschläge erhöht werden, dann müßt ihr dafür eine um so niedrigere Erhöhung der Löhne und Gehälter hinnehmen." **Hinter dieser Drohung steckt auch der schamlose Versuch, verschiedene Teile der Stahlwerker gegeneinander auszuspielen, vor allem die Arbeiter gegen die Angestellten. Denn die Angestellten und diejenigen Arbeiter, die nicht im Contischichtsystem arbeiten müssen, erhalten die Zuschläge nicht.**

Es ist der Gipfel der Heuchelei, wenn die IGM-Bonzen gleichzeitig scheinheilig betonen: „Es muß alles vermieden werden, was zu einer Entsolidarisierung der Arbeiter und Angestellten führen könnte." Ist es doch gerade der IGM-Apparat, der systematisch den Keil der Spaltung zwischen die Arbeiter und Angestellten treibt. So verbreitet der IGM-Apparat z. B. bei Hoesch das von den Kapitalisten in die Welt gesetzte Märchen, es sei eine feste Summe für Tariferhöhungen vorgesehen, mehr sei einfach nicht da und was auf der einen Seite gefordert würde, würde dann bei anderen Forderungen wieder abgehen. Dieser Unfug zielt darauf ab, die Solidarität und Einheit der Belegschaften zu untergraben und den Kollegen weiszumachen, es habe keinen Sinn, konsequent für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu kämpfen.

Um den Kampf und die Forderungen der Stahlwerker zu sabotieren, greifen die IGM-Bonzen in diesem Jahr noch zu einem besonderen Manöver. Die Tarifkommission hat angekündigt, der §14 aus dem Lohnrahmen solle gekündigt werden mit dem Ziel, eine Lohn- und Gehaltssicherung im Falle von Umsetzungen durchzusetzen. Angeblich will der IGM-Apparat fordern — so lauten Gerüchte, die in Stahlbetrieben im Umlauf sind — daß Arbeiter und Angestellte, wenn sie auf einen schlechter bewerteten Arbeitsplatz umgesetzt werden, zwei Jahre lang in ihrer alten, höheren Lohngruppe bleiben. Eine offizielle Forderung der IGM jedoch gibt es hierzu bis jetzt nicht. **Was es allerdings schon gibt, ist die Anweisung der Tarifkommission an die betrieblichen IGM-Funktionäre, die vorgesehene Kündigung des §14 des Lohnrahmens als Rechtfertigung für Abstriche bei der Lohnerhöhung und für den Verzicht auf die Erhöhung der stahltypischen Zuschläge ins Feld zu führen.**

Die Forderung nach weitgehender Absicherung der Löhne und Gehälter bei Umsetzungen ist natürlich zu befürworten. Sie ist eine Forderung, die gerade angesichts der Rationalisierungsfeldzüge der Stahlkapitalisten wichtig ist und den Lohnraub durch Umsetzungen bremsen kann. Aber kann man etwa dem IGM-Apparat glauben, daß er wirklich die Absicht hat, hier eine ernsthafte Verbesserung durchzusetzen? Nein! Eine derartige Verbesserung könnte nur durch massive Kampfmaßnahmen, nur gegen heftigen Widerstand der Kapitalisten durchgesetzt werden. Der IGM-Apparat wird diesen Kampf genauso abwiegeln, sabotieren und zu verhindern versuchen, wie er dies bei den Kämpfen gegen den Abbau der Reallöhne stets getan hat oder wie er jeden ernsthaften, militanten Kampf gegen Massenentlassungen, Stillegungen und Rationalisierungsangriffe boykottiert und abgewiegelt hat. **Es ist eine wichtige Sache, den Kampf für diese Forderung zu organisieren. Aber man muß sich darüber klar sein, daß der IGM-Apparat diese Forderung nur aufgegriffen hat, um die Kollegen über seine wirklichen Absichten hinwegzutäuschen.**

Daß der IGM-Apparat in diesem Jahr schon frühzeitig seine Vorbereitungen auf die Tarifrunde trifft, daß er jetzt schon beginnt, seine demagogische Täuschungspropaganda in die Betriebe zu tragen, zeigt, daß die kommende Stahltarifrunde sehr hart wird, daß das Kapital sich mit Unterstützung des IGM-Apparates zu massiven Angriffen auf die Interessen der Stahlwerker rüstet. Die Kollegen in den Hüttenwerken, die sich gegen den Abbau ihrer Reallöhne und -gehälter zur Wehr setzen wollen, müssen sich ihrerseits ebenfalls rüsten. Die IGM-Tarifkommission tönte demagogisch: „Jetzt ist das geschlossene Auftreten der Mitglieder und Funktionäre vonnöten." So wollen die Bonzen die Parole der Einheit für ihren Verrat an den Arbeitern mißbrauchen. Was wirklich vonnöten ist, ist vielmehr die geschlossene Front aller Kollegen gegen das Kapital und gegen den arbeiterfeindlichen IGM-Apparat, ist die Einheit der Kollegen im konsequenten, kompromißlosen Kampf für die Durchsetzung ihrer Interessen und Forderungen.

Kampf dem Abbau der Reallöhne! Konsequenter Kampf für Lohnerhöhung! Für eine echte Erhöhung der Löhne und Gehälter in der Tarifrunde! Die stahltypischen Zuschläge müssen gekündigt und wesentlich erhöht werden; Erhöhung der Nachtschichtzulage auf 50%! Diskutiert über diese Forderungen im Betrieb! Stellt sie auf Belegschaftsversammlungen zur Diskussion! Verabschiedet für sie Resolutionen in eurer Abteilung, auf Versammlungen usw.!



Revolutionäre Arbeiter rufen ihre Kollegen bei Hoesch auf einer vom Gewerkschaftsapparat organisierten Kundgebung zum Kampf gegen die Kapitalisten und den IGM-Apparat, für echte Lohnerhöhungen auf (Dezember 1976).

Klöckner/Bremen

Kampf gegen Entlassungen geht weiter

500 Kollegen aus dem Angestelltenbereich sollen bei Klöckner in Bremen entlassen werden. Der „Rote Morgen" berichtete in seiner letzten Ausgabe darüber. Die Kollegen auf der Hütte, vor allem die betroffenen Angestellten, sind kampfbereit, sie weigern sich, die Entlassungen einfach hinzunehmen. Das zeigte sich auch an den Aktionen, die im Laufe des 5. Juli von den Angestellten durchgeführt wurden.

Am Morgen dieses Tages versammelten sich, wie schon an den Tagen zuvor, einige Kollegen im Büro des Betriebsrats, um neue Informationen einzuholen. Als bekannt wurde, daß sich am Nachmittag Klöckner-Arbeitsdirektoren, darunter auch Pfeiler aus Duisburg, treffen wollten, schlugen die Kollegen vor, einen Marsch zum Direktorium zu machen. Die Betriebsräte versuchten sofort abzuwiegeln, aber die Kollegen bestanden darauf, die Aktion durchzuführen.

So mußte schließlich der Betriebsrat Zettel drucken lassen, auf denen aufgerufen wurde: Wir treffen uns um 15 Uhr. Das Verteilen der Zettel im Werksgelände und in der Kantine übernahmen die Kollegen selber, denn der Betriebsrat rührte keinen Finger für ihre Verbreitung. Um 15 Uhr kamen ca. 200 Kollegen, ein gutes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß in der kurzen Zeit nicht alle Angestellten informiert werden konnten.

Die Kollegen zogen in den vierten Stock zum Vorstand, um die Herren Direktoren zur Rede zu stellen. Pfeiler und der technische Direktor Habbig versuchten, sich herauszureden und taten so, als wären die Entlassungen noch gar nicht spruchreif, als sei sogar geplant, die Produktion zu erweitern. Die empörten Kollegen unterbrachen dieses Geschwätz immer wieder durch Zwischenrufe. Der Betriebsrat hatte in dieser Situation nichts besseres zu tun als die Kollegen zur Ruhe zu rufen.

Dieser von den modernen Revisionisten der D„K"P beherrschte Betriebsrat stellt ein großes Hindernis im Kampf der Klöckner-Kollegen gegen die Massenentlassungen dar. Mit allen Mitteln versuchen die Bonzen zu verhindern, daß der Kampf sich ausweitet. So schmetterten sie einen Antrag von Kollegen auf einer Versammlung am 4. 7. nieder, der dahin ging, auch die Arbeiter in die Aktionen der Angestellten einzubeziehen. Besonders übel hetzen sie gegen die Betriebszelle der Partei, denn sie ist es, die die Kollegen aufruft: „Wir müssen den Kampf um unsere Arbeitsplätze selbst in die Hand nehmen. Nur im unversöhnlichen Klassenkampf gegen den IGM-Apparat und gegen die Verräter von der D„K"P können wir die Angriffe der Stahlkapitalisten zurückschlagen und unsere Forderungen durchsetzen."

Mitbestimmung-Waffe gegen den revolutionären Klassenkampf

Fortsetzung von Seite 1

mung, sich zur Genüge als Instrument zur besseren Unterdrückung der Arbeiterklasse bewährt hat, richtet sich die Verfassungsklage auch nicht grundsätzlich gegen sie.

So behaupten die Vertreter des Kapitals wie Schleyer, die Mitbestimmung nütze „beiden Seiten". Die DGB-Bonzen ihrerseits hüten sich, dieser Behauptung zu widersprechen. Verbreiten ja gerade sie berufsmäßig die Ideologie der „grundlegenden Gemeinsamkeit der Interessen" von Arbeitern und Kapitalisten, die Ideologie der „Sozialpartnerschaft". Wie soll es aber möglich sein, daß zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern gemeinsame politische und gesellschaftliche Interessen bestehen? Seit wann haben die Unterdrücker und die Unterdrückte, denn gemeinsame Ziele? Das zu behaupten, bedeutet doch nichts anderes als zu leugnen, daß sich die Ausgebeuteten von den Ausbeutern befreien wollen, daß sie die Unterdrückung abschütteln und freie Menschen sein wollen. Das ist Verrat am Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Die Ideologie der sozialen Partnerschaft propagieren, heißt, dem Kampf der Arbeiterklasse in den Rücken zu fallen und sich für die Verewigu g der kapitalistischen Lohnsklaverei einzusetzen.

Die Mitbestimmung dient der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter, dient dazu, die Arbeiter über ihre Lage zu täuschen und so ihren Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals und ihren Kampf gegen das kapitalistische System zu sabotieren. Warum ist denn von Begeisterung für die Mitbestimmung so herzlich wenig unter den Arbeitern zu spüren? Weil die Arbeiter ständig erfahren, daß sie in diesem kapitalistischen System Ausgebeutete und Lohnsklaven sind. Immer wieder machen sie die Erfahrung, daß die Kapitalisten ihre Schinder, ihre Feinde sind, mit denen sie nichts verbindet, mit denen man nicht auf den gleichen Nenner kommen kann. Deshalb spüren die Kollegen, daß die Mitbestimmung praktisch gesehen immer nur darauf hinausläuft, daß irgendwelche Bonzen sich einen gutgepolsterten Sessel ergattern, um dann zynisch im Namen der Arbeiter und kleinen Angestellten darüber „mitzubestimmen", wie aus ihnen ein noch höherer Profit herausgepreßt und gleichzeitig ihr Widerstand am besten unterlaufen oder niedergeschlagen werden kann.

Die Kollegen in der Montanindustrie, die schon seit 26 Jahren mit der paritätischen Mitbestimmung „gesegnet" sind, können ein Liedchen davon singen. Man muß nur an die Hunderttausende von Bergarbeitern denken, denen im Zuge des großen Zechensterbens die Arbeitsplätze geraubt wurden. Man braucht sich nur die heutige Mitbestimmungspraxis in den Stahlbetrieben anzusehen, wo Tausende von Kollegen entlassen werden, wo die Arbeitshetze derartig gesteigert wird, daß z. B. bei den August-Thyssen-Hüttenwerken in Duisburg allein im letzten Mai vier Kollegen durch Arbeitsunfälle starben.

Die D„K"P versucht diese Realität damit zu zerreden, daß sie behauptet, das Problem sei nur, daß die falschen Leute auf den Mitbestimmungssesseln sitzen. Aber der DGB-Apparat ist eben unter anderem gerade auch deshalb so durch und durch korrupt, weil er durch die Mitbestimmung mit dem Kapital verfilzt ist. Für die Arbeiterklasse ist jede Art von Mitbestimmung immer nur Betrug, solange noch die Herrschaft der Bourgeoisie, das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen besteht. Nicht durch Mitbestimmung und Klassenversöhnungspolitik kann die Arbeiterklasse sich gegen die Kapitalisten wehren, sondern nur durch den unversöhnlichen Kampf gegen die Kapitalisten. Und niemals kann es eine „Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit" geben. Die Arbeiterklasse kann das Joch der Lohnsklaverei nur brechen durch die proletarische Revolution, durch die gewaltsame Zerschlagung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse und die Errichtung ihrer eigenen Herrschaft, der Diktatur des Proletariats.

Auch wenn es klar ist, daß die Kapitalisten keineswegs grundsätzlich gegen die Mitbestimmung, wie sie heute existiert, sind, ist die Verfassungsklage von Schleyer und Konsorten doch nicht nur ein Täuschungsmanöver, um den reaktionären Charakter der Mitbestimmung zu verschleiern. Die Verfassungsklage dient den Kapitalisten zum einen dazu, die Funktion der Mitbestimmung als Werkzeug der Faschisierung, als Stütze ihrer Herrschaft noch besser abzusichern. Zum anderen jedoch ist die Kapitalistenklasse auch daran interessiert, zu verhindern, daß der DGB-Apparat allzuviele Aufsichtsratsposten erhält und dadurch seine Machtpositionen im Übermaß ausbauen kann. Deshalb soll die Verfassungsklage auch der Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Industriezweige, wie der DGB-Apparat sie will, eine Schranke setzen.

Daß die DGB-Bonzen darauf so heftig reagieren, hat zweierlei Gründe: erstens die handfesten Interessen, die die DGB-Bonzen an den Mitbestimmungssesseln in den Aufsichtsräten haben. Und zweitens steckt dahinter die Absicht, sich selbst als „erbitterte Kämpfer" für die Interessen und Rechte der Arbeiter und kleinen Angestellten darzustellen. Auch wollen sie die Meinungsverschiedenheiten und die Interessenkonflikte innerhalb der Bourgeoisie, den Streit um die Mitbestimmung, der in den Bonner Parteien und zwischen ihnen und dem DGB-Apparat ausgetragen wird, als „Beweis" für die Fortschrittlichkeit der Mitbestimmung ausschlachten, als ob die Mitbestimmung gegen den heftigen Widerstand der Kapitalisten bzw. der sogenannten „Rechtskräfte" um Strauß, Kohl, Schleyer usw. durchgesetzt werden müßte. Aber sie werden mit ihren Täuschungsmanövern wenig Erfolg haben. Immer mehr Arbeiter und kleine Angestellte erkennen die Notwendigkeit des unversöhnlichen Klassenkampfes. Sie erteilen dem Mitbestimmungsschwindel eine klare Absage, indem sie sich in revolutionären Kämpfen gegen das Kapital und den DGB-Apparat zusammenschließen.

Stahlindustrie

Neue Massenentlassungen geplant

Neue Massenentlassungen in der Stahlindustrie hat der Stahlkapitalist und Chef der Industrie- und Handelskammer, Wolff von Amerongen, angekündigt. Allein an der Saar sollen 10.000 Kollegen auf die Straße gesetzt werden, was einem Abbau von 25% entspricht. Und ähnliche Zahlen seien auch für die Werke an Rhein und Ruhr zu erwarten.

Von „harten Entscheidungen" spricht der Stahlkapitalist Wolff. Fragt sich nur: hart für wen? Der Otto-Wolff-Konzern jedenfalls hat im vergangenen Jahr 6% mehr Umsatz gemacht, höhere Profite herausgeschlagen, trotz verminderter Belegschaft. Und er ist damit keinesfalls eine Ausnahme unter den Stahlkonzernen. Das zeigt schon die Tatsache, daß 1976 mit 10.000 Arbeitern weniger als im Vorjahr zwei Millionen Tonnen mehr Stahl in Westdeutschland produziert worden sind.

Bei jeder Gelegenheit jammern die Stahlkapitalisten, die Monopolherren wie Wolff, Thyssen, Klöckner oder Krupp über die Stahlkrise, stellen sich als die Opfer dieser Krise hin, schreien nach staatlichen Subventionen (die sie auch prompt bekommen). Unverschämt versuchen sie, die Stahlarbeiter für die Krise verantwortlich zu machen. So sprach auch Wolff wieder vom „Luxus zu hoher Lohnkosten", der die deutsche Stahlindustrie in der internationalen Konkurrenz benachteiligen würde.

Aber die Ursache der Krise liegt nicht in den Lohnforderungen der Arbeiter. Sie liegt im kapitalistischen System selbst begründet. Darin, daß auf der einen Seite die Werktätigen allen Reichtum erzeugen, daß es auf der anderen Seite die Kapitalisten sind, die sich diese Reichtümer privat aneignen. Ihre grenzenlose Profitgier treibt sie dazu, die Produktion immer mehr auszuweiten. Und wenn dann die Waren keinen Absatz mehr finden, dann wird stillgelegt, werden Betriebe geschlossen, die Arbeiter zu Tausenden auf die Straße geworfen.

So ist es jetzt auch in der Stahlindustrie. Es sind die Kollegen, auf deren Rücken die Folgen der kapitalistischen Krise abgewälzt werden. Ob Mannesmann, Krupp, Klöckner, überall drohen Massenentlassungen, zum Teil von mehreren Tausend. Eine Studie der EWG-Kommission hat schon im letzten Sommer davon gesprochen, daß bis 1980 im Bereich Nordrhein-Westfalen, Luxemburg, Ostfrankreich, Südbelgien bis zu 48.000 Arbeitsplätze vernichtet werden müßten, um dem europäischen Stahlkartell die Profite zu garantieren.

Für die Kollegen, die noch Arbeit haben, heißt es: immer mehr Tonnen schinden. Ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter treiben die Stahlkapitalisten die Rationalisierung voran. Und sie können sich dabei wie bei allen anderen Angriffen auf den reaktionären IGM-Apparat stützen. Er peitscht Lohnraubabschlüsse durch, unter dem Vorwand, das würde Kurzarbeit und Entlassungen verhindern. Er stimmt überall der Kurzarbeit ohne Lohnausgleich zu, weil dadurch angeblich Entlassungen abgewendet würden. Und was schließlich die Massenentlassungen angeht, so erklärte IGM-Chef Loderer kürzlich unverhohlen: „Wo eine Kapazität langfristig nicht mehr sinnvoll ist, dort wird sich die IGM einem Abbau nicht widersetzen."

Eine genauso verräterische Rolle spielen die modernen Revisionisten der D„K"P. So erklärten sie zum Beispiel in einem Kommentar zu den Entlassungsankündigungen von Wolff: „Die DKP verlangt das strikte Verbot jeder Massenentlassung." Dieser Staat, der ein Werkzeug der Monopole ist, der in ihrem Interesse die Werktätigen niederhält, ihnen Milliardenbeträge an Steuern abpreßt, um sie den Monopolen als Subventionen in den Rachen zu werfen, dieser Staat soll die Massenentlassungen verbieten? Mit solchen Theorien versuchen die modernen Revisionisten bei den Werktätigen Illusionen in den bürgerlichen Staat zu schüren. Statt gegen die Folgen der Krise zu kämpfen, sollen sie stillhalten und auf das „Verbot" aus Bonn warten.

Aber die Kollegen werden ihnen diesen Gefallen nicht tun. In den Betrieben wächst immer mehr die Bereitschaft, gegen die Angriffe der Kapitalisten zu kämpfen. Die Arbeiter und kleinen Angestellten werden in ihrem Kampf dann Erfolg haben, wenn sie sich vom Einfluß des Gewerkschaftsapparates und der D„K"P-Revisionisten freimachen, wenn sie diesen Kampf für ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen. Nur im unversöhnlichen Kampf Klasse gegen Klasse können die Forderungen der Arbeiter durchgesetzt werden.

Gegen die ständige Verschärfung der Ausbeutung durch Arbeitshetze und Rationalisierung! 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze! Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



4 Kollegen in einem Monat getötet

Jeden Kollegen packt das Grausen, wenn er die Bilanz der tödlichen Arbeitsunfälle bei der ATH sieht. Nach den Toten der Sauerstoffanlage und im Oxygen III in Ruhrort, in der Halbzeugstraße I und in der Transportzentrale — der „Rote Greifer" 11/76, 1/77 und 2/77 berichtete darüber ausführlich — häuften sich im Mai die tödlichen Unfälle auf der Hütte. 4 Tote im Laufe eines Monats! Sogar die bürgerliche Presse sieht sich genötigt, darüber zu berichten.

Im Stahlwerk in Ruhrort wurde am 15. 5. der 38jährige Türke Raman A. von Gießresten getroffen und tödlich verletzt.

Am 21. 5. wurde ein 41jähriger Kollege aus Oberhausen von den Waggons eines Schlackezuges der Werksbahn im Stephansfeld überrollt und auf der Stelle getötet. Am 26. 5. zerquetschte bei Transportarbeiten ein umstürzendes Coil im KW einen Vorarbeiter der Schweißerei.

Am 27. 5. wurde in Bruckhausen der erst 17jährige Klaus S. aus Dinslaken von einer Lok erfaßt und getötet.

Die ATH-Bosse geben sich gezwungenermaßen „zunehmend besorgt", daß in diesem Geschäftsjahr die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle „in geradezu beunruhigender Weise" zugenommen hat. Offiziell spricht man von 13 Belegschaftsmitgliedern seit Oktober 1976. Wohlgemerkt, das sind nur Belegschaftsmitglieder. Die tödlichen Unfälle der Kollegen von Fremdfirmen, die bei der ATH arbeiten, sind in dieser Zahl gar nicht enthalten.

Auch werden schwere Unfälle, die fast jeden Tag vorkommen, nach Möglichkeit totgeschwiegen. Davon erfahren wir bestenfalls, wenn sie in unserer unmittelbaren Nähe geschehen.

Die Schuld am Tod unserer Kollegen wird natürlich bei den Kollegen selbst gesucht. In der NRZ vom 28. 5. 77 heißt es z. B.: „Die Thyssen AG untersucht in allen Richtungen. Die Untersuchungen und Rekonstruktionen sollen auch Anhaltspunkte dafür liefern, ob nicht auch in einigen Fällen Selbstmordmotive oder das Verschulden anderer vorliegen."

Das ist blanker Zynismus!

Betriebsratsvorsitzender Weihs versucht uns auf die gleiche zynische Weise zu belügen. Auf der letzten Betriebsversammlung forderte Fritz Raßmann die Einrichtung von Spezialstationen für die Behandlung von schweren Verbrennungen im Duisburger Norden. Denn im letzten halben Jahr mußten 6 Kollegen, die auf der Hütte schwere Verbrennungen erlitten hatten, sterben, weil sie in Krankenhäuser verlegt wurden, die überhaupt nicht für eine Spezialbehandlung ausgerüstet sind. Darauf entgegnete Weihs, daß jetzt auf ATH Hubschrauber-Landeplätze eingerichtet wären, um Schwerverletzte schnell ausfliegen zu können.

Daß Schwerverletzte auch bisher immer schnell vom Hüttengelände abtransportiert wurden, das wissen wir. Denn jeder Tote auf Hüttengelände kostet die ATH 20.000 DM. Was dann hinterher mit den verbrannten Kollegen passiert, das ist den ATH-Kapitalisten egal. Das kann man nicht anders als als Mord bezeichnen. Man steckt sie in die Intensivstation irgendeines normalen Krankenhauses, läßt ihnen nicht einmal die nötigen Medikamente zukommen, weil sie zu teuer sind (eine Spritze zur Behandlung der Verbrennungen kostet bis zu 1.000 DM) und läßt sie langsam verrecken. Daher bleibt es eine dringende Forderung der Kollegen der ATH: Errichtung einer Spezialklinik für die Behandlung von schweren Verbrennungen!

Tonnen, Tonnen, Tonnen, heißt es in den Betrieben. Die Kapitalisten verschärfen die Arbeitshetze ungeheuer. Auf der einen Seite entlassen sie Kollegen und lassen sich vom Staat die Kurzarbeit bezahlen. Auf der anderen Seite aber beuten sie uns in der verbleibenden Zeit noch mehr aus, treiben sie die Tonnenzahl hoch, verschärfen sie das Arbeitstempo, um noch mehr Profit aus uns herauszuschinden. So wurden 1976 im gesamten Stahlbereich mit 10.000 Arbeitern weniger 2 Millionen Tonnen mehr produziert als 1975; obwohl wegen Kurzarbeit und Sonderschichtenabbau über 30 Millionen Arbeitsstunden weniger gemacht wurden. Trauriges Ergebnis dieser Antreiberei ist die hohe Zahl von Arbeitsunfällen und von tödlich verunglückten Kollegen. Ursache für den Tod dieser Kollegen sind nicht irgendwelche unglückseligen Umstände. Die Stahlkapitalisten haben sie auf dem Gewissen, die die Arbeitshetze systematisch verschärfen und bewußt dabei einkalkulieren, daß bei dem Arbeitstempo eine Sicherheitsbestimmung nach der anderen über Bord geht, weil sie gar nicht mehr eingehalten werden können. Und auch hier stößt der IGM-Apparat ins gleiche Horn wie die Stahlkapitalisten. Wie sie reden die IGM-Bosse davon, daß es notwendig sei, die Produktion zu steigern, weil die westdeutsche Stahlindustrie ja konkurrenzfähig bleiben müsse. Und das genau bedeutet für uns eben: mehr Tonnen, mehr Unfälle, mehr Tote.

Am 8. 6. erlitt der Kollege Josef Starwicki im Ruhrorter Werk der ATH lebensgefährliche Verbrennungen. Er wurde ins St. Joseph-Krankenhaus eingeliefert, weil keine Spezialklinik ihn aufnehmen konnte. Josef Starwicki starb am 15. 6.

Betriebsrat tritt gefasste Beschlüsse der italienischen Kollegen mit Füssen



„Wie kürzlich am Schwarzen Brett zu lesen war, hat der Betriebsrat die italienischen Kollegen zu einer getrennten Betriebsversammlung eingeladen. Das ist nicht nur Spaltung der Kampfeinheit zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern; in diesem Fall hat der Betriebsrat wissentlich Beschlüsse der italienischen Belegschaftsversammlung mit Füßen getreten und in ihr Gegenteil verkehrt. Denn auf der letzten italienischen Belegschaftsversammlung hat die Mehrheit für gemeinsame Betriebsversammlungen mit den deutschen Kollegen gestimmt. Da kann sich unser ausländerfeindlicher Betriebsrat auch nicht mit Übersetzungsfehlern rausreden: Denn als er fragte: ‚Wer ist für getrennte Versammlungen?', übersetzte der Dolmetscher zwar ‚Wer ist für gemeinsame Versammlungen?'. Die Mehrheit der italienischen Kollegen sprach sich für die gemeinsamen Versammlungen aus. Darauf wurde der Betriebsrat noch ausdrücklich auf den Übersetzungsfehler und den Beschluß für eine gemeinsame Betriebsversammlung aufmerksam gemacht. Wenn der Heller-Betriebsrat jetzt getrennte Einladungen aushängt, dann ist das die Fortsetzung seiner durch und durch ausländerfeindlichen Politik. 20% der Belegschaft sind noch schutzloser der Opelschen Politik der Niedrigeinstufung und besonderen Schikanen für ausländische Arbeiter ausgesetzt."

Jugendfestival in Wolgograd

Reklame-Veranstaltung für den Sozialimperialismus

Mit großem Propagandaaufwand ging Ende Juni in Stalingrad (heute Wolgograd) das „4. Festival der Freundschaft zwischen der Jugend der DDR und der UdSSR" über die Bühne. Mehr als tausend Delegierte der revisionistischen Staatsjugend FDJ waren angereist, um sich hier mit Vertretern des russischen Jugendverbands zu treffen. Aber diente dieses Festival der Entwicklung der Freundschaft zwischen der Jugend der beiden Länder, diente es der Pflege der revolutionären Traditionen, wie seine Veranstalter immer wieder beteuerten?

Gewiß, sie beschworen die heldenhafte Vergangenheit Stalingrads, sie fanden, wie etwa Breschnew in seiner Grußadresse, große Worte über den „geweihten Boden der legendären Heldenstadt". Stalin aber, den Führer der Roten Armee in der siegreichen Schlacht an der Wolga, erwähnten sie mit keinem Wort. Die Revisionisten haben ja sogar der Stadt ihren Namen genommen und nennen sie seit ihrem Putsch gegen die Diktatur des Proletariats Wolgograd. Wenn sie heute wie FDJ-Führer Krenz die „Tapferkeit und Siegesgewißheit der Sowjetarmee" besingen, dann meinen sie auch nicht die Rote Armee, die unter der Führung der Partei Lenins und Stalins den Sieg über die weißen Garden, über die Interventionsheere und über die Armeen Hitlers davontrug.

Was sie meinen, das ist die Militärmaschine der Sozialimperialisten, die nichts anderes ist als ein Instrument zur Unterdrückung der Völker der Sowjetunion und der Länder unter russischer Herrschaft, ein Instrument der Aggressionen und Kriegsvorbereitungen der Kreml-Herren. Für diese Armee wollen sie die Jugend, die russische wie die ostdeutsche, begeistern. Dazu nützen sie schamlos die Verehrung aus, die die Jugend den heldenhaften Kämpfern von Stalingrad entgegenbringt. Und ebenso schamlos verfälschen sie die Geschichte. So hatten die Veranstalter des Festivals von Stalingrad nicht nur die Rolle Stalins „vergessen". Sie „vergaßen" auch den Beitrag der Völker Europas an der Zerschlagung des Hitlerfaschismus. Wieder einmal verbreiteten die Sozialimperialisten und ihre Lakaien die schon bekannte Lüge, daß die Befreiung der Völker vom Joch des Faschismus allein ein Geschenk der Sowjetunion gewesen sein.

Die Werktätigen Europas und gerade das deutsche Volk wissen sehr gut, was sie der Stalinschen Sowjetunion, die die Hauptlast des antifaschistischen Krieges trug, zu verdanken haben, und sie werden die großen Opfer des sowjetischen Brudervolkes niemals vergessen. Wenn aber heute die Verräter im Kreml den wichtigen Beitrag der anderen europäischen Völker, allen voran des albanischen, am Sieg über den deutschen Faschismus leugnen, dann verfolgen sie damit die Absicht, ihren Staat, die heutige sozialimperialistische Sowjetunion als Befreier der Völker erscheinen zu lassen. Der imperialistische Räuber als Befreier! Welch eine Verhöhnung des tschechoslowakischen Volkes, das 1968 Opfer einer solchen „Befreiung" wurde, welch eine Verhöhnung der anderen Völker unter dem russischen Militärstiefel!

Und was heißt es, wenn die Kreml-Herren auf dem Festival an der Wolga von Freundschaft tönen? Da wurde von ihnen zum Beispiel die sogenannte „Drushba-Trasse" groß herausgestellt als ein leuchtendes Zeichen dieser Freundschaft nach dem Geschmack Moskaus. „Druschba-Trasse", das ist der Abschnitt einer Erdgasleitung, die vom Ural bis an die Westgrenze der Sowjetunion verläuft. Und diesen Abschnitt lassen sich die Sozialimperialisten von der DDR bauen. Mehrere Tausend Arbeiter und Spezialisten aus Ostdeutschland mußten dazu anreisen, die DDR und vier weitere Vasallenländer des Kreml müssen den Bau der Leitung mit 13 bis 16 Milliarden Mark bezahlen. Das Honecker-Regime hat für die Arbeit an der Trasse hauptsächlich junge Arbeiter eingesetzt, 64% aller Beschäftigten sind Jugendliche. Und das FDJ-Organ „Jugend" mußte selbst zugeben: „Die Arbeit auf der Baustelle ist schwer und unbequem. ...es läßt sich nicht verheimlichen, daß die Trassenbauer, wenn sie von der Arbeit kommen, oft an nichts anderes mehr denken als an Schlaf."

Und wem dient diese als Freundschaft getarnte Fronarbeit? Allein den russischen Sozialimperialisten, die diese Trasse brauchen, um ihr Erdgas an Westdeutschland oder an Italien verkaufen zu können. Die dann das, was sie im Westen nicht absetzen können, zu Wucherpreisen an die DDR oder an Ungarn verkaufen. Allein 1975 haben die Kreml-Herren für ihre Vasallen den Erdgaspreis um 60% erhöht.

So müssen die jungen Arbeiter der DDR und an anderen Bauabschnitten der Trasse ihre Klassenbrüder aus Ungarn oder Polen schuften für den Profit der neuen Zaren, müssen sie schuften für ein sogenanntes „Gemeinsames Projekt", das aber zu nichts anderem dient, als das Energiemonopol der Sozialimperialisten in ihrem Herrschaftsbereich noch weiter auszubauen. Billige Lohnsklaven, Kanonenfutter in ihrem aggressiven Militärblock — dieses Los haben die Kreml-Herren der Jugend zugedacht.

Die jungen Werktätigen jedoch werden sich nicht in dieses Los fügen. Weder offener Terror noch solche betrügerischen Manöver wie das Festival an der Wolga können verhindern, daß eine wirkliche revolutionäre Freundschaft wächst zwischen der Jugend der DDR und der Sowjetunion. Und diese Freundschaft haben die Breschnew und Honecker allerdings zu fürchten, denn sie gründet auf dem gemeinsamen Haß, auf dem gemeinsamen revolutionären Kampf gegen die Sozialimperialisten und alle ihre Handlanger.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



"Hitler-eine Karriere"

Ein Film, um den Faschismus zu verherrlichen

Zum ersten Mal wurde Joachim C. Fests Film „Hitler — eine Karriere" im Rahmen der internationalen Filmfestspiele in Westberlin gezeigt. Jetzt ist er überall in den Kinos angelaufen. Dieser Film ist eine ungeheure Provokation, ein Machwerk, das die Geschichte fälscht, den Faschismus verherrlicht und seine Verbrechen zu vertuschen versucht. Kein Wunder also, daß dieser Film mit einem riesigen Propagandaaufwand gestartet wurde und von der bürgerlichen Presse mit Jubelschreien und Beifallsstürmen bedacht wurde. Das Ziel einer solchen Kampagne ist klar: Hunderttausende, vor allem Jugendliche, die die faschistische Diktatur nicht mehr aus eigener Anschauung kennen, sollen in die Kinos gelockt werden, um, wenn sie herauskommen, den Faschismus „mit anderen Augen zu sehen".

Ein Dokumentarfilm?

Der Film „Hitler — eine Karriere" wird als Dokumentarfilm verkauft, um ihn glaubwürdiger zu machen. Aber von einem Dokumentarfilm würde man verlangen, daß er die gesellschaftlichen Ursachen der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland aufzeigt. Man würde verlangen, daß er das brutale Gesicht der faschistischen Diktatur enthüllt: den Terror gegen die breiten werktätigen Massen; die bestialischen Verbrechen an Millionen von Menschen in Deutschland und den vom Hitler-Faschismus überfallenen Ländern; den Ausrottungsfeldzug gegen die Völker Europas; die Ermordung zahlloser Antifaschisten und Kommunisten, der besten der deutschen Arbeiterklasse.

Fests Film zeigt jedoch von all dem so gut wie nichts. Sein Bild des Hitler-Faschismus stammt aus den Archiven der Wochenschauen Goebbels: endlose Umzüge und Aufmärsche der faschistischen Banden beherrschen das Bild; Hitler wird im Liegestuhl gezeigt; im Umgang mit seinen Schäferhunden und im Gespräch mit seiner Geliebten Eva Braun usw. usf. Natürlich fehlen auch die perfiden Bilder jubelnder Menschen nicht, die den Eindruck erwecken sollen, die Mehrheit des deutschen Volkes habe hinter Hitler gestanden.

Ein Dokumentarfilm? Nein — ein 150minütiger Propagandafilm für den Faschismus.

Der Faschismus — die offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals

Immer haben die Ideologen des Faschismus versucht, die klassenmäßigen Wurzeln des Faschismus zu vertuschen. Sie erfanden die Lüge von dem „Dämon Hitler", der angeblich alle in seinen Bann geschlagen habe. Sie behaupteten, die Verbrechen des Hitler-Faschismus hätten ihren Ursprung in der „krankhaften Persönlichkeit" Hitlers und machten mit der Lüge von der „Kollektivschuld" die breiten werktätigen Massen unseres Landes zu Verantwortlichen für die beispiellosen Verbrechen des Hitler-Faschismus. Immer ging es ihnen vor allem darum, die imperialistischen Ausbeuter, die Monopolbourgeoisie, deren Werkzeug Hitler war, von jeglicher Verantwortung freizusprechen. Dasselbe macht auch Joachim Fest.

Unverfroren behauptet er: „Hitler war weder käuflich noch im Bund mit dem Großkapital." Und im nächsten Atemzug macht er sich zum offenen Propagandisten des Faschismus. Er sagt über Hitlers Absichten: „Sein Ziel war es, gesellschaftliche Barrieren niederzureißen und die Volksgemeinschaft zu schaffen." Der „Spiegel" ist mit Fest mehr als zufrieden. „Allzulange", ermuntert er Fest, „wurde das filmische Hitler-Bild von antifaschistischen Kampfparolen beherrscht." Und weiter: „Zum ersten Mal befreien bundesdeutsche Filmer den zum Zelluloid-Monster degenerierten Führer von den Denkschablonen antifaschistischer Aufklärungsfilme und entwerfen ein glaubwürdiges, auch histographisch zuverlässiges Bild von Hitler und seiner Epoche." Eine so offene Ehrenrettung des Faschismus hat man selten gehört.

Und es ist auch kein Zufall, daß diese Ehrenrettung einhergeht mit der Kampfansage gegen die marxistisch-leninistische Analyse des Faschismus, die mit der Aufdeckung seiner wahren Ursachen die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen zum Kampf gegen den Faschismus und seine Urheber, die imperialistische Monopolbourgeoisie, mobilisiert.

Die Lügen eines Fest können die Wahrheit nicht vertuschen. Wir wissen und so steht es im Programm unserer Partei:

„Der Faschismus ist eine Form der Herrschaft des Finanzkapitals, die sich im imperialistischen Stadium des Kapitalismus entwickelt. Er ist die offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals. Die Hauptaufgabe des Faschismus ist die Vernichtung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, der kommunistischen Partei, und der revolutionärsten Schichten des Proletariats sowie die Zerschlagung der legalen Organisationen des Proletariats, um die Herrschaft des Finanzkapitals zu sichern und zugleich günstige Bedingungen für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt und das Streben nach Weltherrschaft zu schaffen." Das ist die Wahrheit, die durch ungezählte Tatsachen bestätigt wird.



Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Fritz Thyssen und Walter Borbet (Ver. Stahlw.) empfangen Hitler am 26. 2. 1932 zu seiner Rede vor dem Düsseldorfer Industrie-Club.

„Ich bezahlte Hitler", schrieb der Stahlbaron Fritz Thyssen, und die Spitzen des Großkapitals von Krupp bis hin zu Albert Vögler taten es ihm gleich. Für sie war Hitler der „Mann der Stunde". Der Hitler-Faschismus war die Waffe des Monopolkapitals gegen den von der KPD geführten revolutionären Ansturm der werktätigen Massen gegen die kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückerordnung, die Millionen von Menschen ins Elend gestürzt hatte, ihnen Arbeit, Brot und eine glückliche Zukunft verweigerte. Als Werkzeug des Finanzkapitals unterdrückte Hitler brutal den revolutionären Kampf der Massen, verbot die KPD, ließ zahllose revolutionäre Arbeiter ermorden und ins KZ sperren. Die Gewerkschaften wurden verboten und Streiks wurden für illegal erklärt. Die Imperialisten kurbelten die Waffenproduktion in großem Stil an, um sich auf einen neuen imperialistischen Weltkrieg vorzubereiten. In den Betrieben wurde die Ausbeutung bis aufs äußerste verschärft, es regierte die Peitsche. Die brutalste Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse — das war das Wesen der Hitlerschen „Volksgemeinschaft".

Der Schoß ist fruchtbar noch...

Joachim Fests Versuch, den Hitler-Faschismus und seine Drahtzieher weißzuwaschen, ist kein Zufall. Von neuem hat die westdeutsche Monopolbourgeoisie den Weg zur Errichtung der faschistischen Diktatur über die Werktätigen unseres Landes beschritten. Die gleiche Ausbeuterklasse, die Hitler an die Macht brachte, ließ 1968 die Notstandsgesetze verabschieden. In der Folgezeit haben wir erlebt, wie die Regierung ein Gesetz nach dem anderen verabschiedet hat, um den revolutionären Klassenkampf zu unterdrücken, wie sie den Unterdrückungsapparat des bürgerlichen Staates gegen die Werktätigen ausbaut und perfektioniert. Wir erleben immer öfter das provokative Auftreten offen faschistischer Organisationen, eine unverhüllte Propaganda für den Faschismus in Wort, Schrift und Bild, die mit einer „Nostalgiewelle" eingeleitet wurde und ihren vorläufigen Höhepunkt im Film Joachim Fests gefunden hat.

Die Gründe dafür liegen in der tiefen Krise, die das ganze kapitalistische System erfaßt hat und die den Werktätigen in immer größerem Maße die schwere Last der Arbeitslosigkeit, des Rationalisierungsterrors und der verschärften Ausbeutung in den Betrieben, der steigenden Preise und der allgemeinen Verschlechterung ihrer Lebenslage aufbürdet; die den Kampf der Imperialisten und vor allem der beiden Supermächte um die Neuaufteilung der Welt und die Gefahr der Entfesselung eines neuen imperialistischen Weltkrieges verschärft. Die westdeutschen Imperialisten werden die Maske der bürgerlichen Demokratie abwerfen, wenn sich die Klassenwidersprüche verschärfen und sich die ausgebeuteten und unterdrückten werktätigen Massen zum revolutionären Ansturm auf die kapitalistische Ausbeuterordnung erheben.

Der Geschichtsfälscher Joachim Fest ist einer der ideologischen Wegbereiter des Faschismus. Warum sonst verbreitet er die Lüge, Hitler sei die Verkörperung des „deutschen Volksgeistes", mit der er das deutsche Volk beleidigt und ihm die Schuld für die Errichtung der faschistischen Diktatur in die Schuhe schieben will?

Tod dem Faschismus!

Hitler war nicht die Verkörperung des „Wesens des deutschen Volkes", er war eine Kreatur der imperialistischen Ausbeuter. Die Lüge von der Kollektivschuld ist den Imperialisten natürlich sehr willkommen, besagt sie doch nichts anderes als daß der Kampf gegen den Faschismus zwecklos ist. Aber auch der schönste Film und die geschicktesten Lügen werden ihr Ziel nicht erreichen.

Die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen werden ihre Feinde immer besser erkennen. Sie werden erkennen, daß der Kampf gegen die Faschisierung und die Errichtung der faschistischen Diktatur Kampf gegen den Imperialismus, Kampf gegen den bürgerlichen Staat bedeutet, Kampf gegen jeden Versuch der Regierung bedeutet, die demokratischen Rechte einzuschränken und abzubauen. Und auch die offenen Propagandisten des Faschismus wie Joachim Fest werden zu spüren bekommen, daß die Zahl derer wächst, die nicht bereit sind, die Verherrlichung der faschistischen Diktatur in unseren Kinos zu dulden.

Unsere Partei macht sich keine Illusionen. Wir wissen, daß die Bourgeoisie, um ihre Herrschaft zu retten, den Versuch machen wird, erneut die offene faschistische Diktatur zu errichten.

Aber der Faschismus ist kein unvermeidliches Schicksal. Die proletarische Revolution wird die Ausbeuter- und Unterdrückerordnung der Imperialisten gewaltsam zerschlagen und den Faschismus ein für allemal vernichten.

7900 DM Geldstrafe gegen die Opfer des Polizeiüberfalls

Am 6. 7. 77 ging in Duisburg in der zweiten Instanz ein Prozeß gegen die Genossen Maicke und Martin Tuschen und gegen Bernhard K. zu Ende. Alle drei wurden vom Klassengericht verurteilt, weil sie bei der Arbeitsgerichtsverhandlung des Kommunisten Hanfried Brenner in Duisburg im Juni 1974 und nach dem Tod des Genossen Günter Routhier unter anderem „Körperverletzung", „Widerstand gegen die Staatsgewalt", „Volksverhetzung" und „Verächtlichmachung der Bundesrepublik" begangen haben sollen. Die Genossen wurden deshalb zu je 1.200 DM bzw. 5.500 DM Geldstrafe verurteilt.

Damit verurteilte und bestrafte die Klassenjustiz erneut diejenigen, die als Zuschauer der Arbeitsgerichtsverhandlung im Juni 1974 die Opfer eines Polizeiüberfalls wurden, bei dem zivile und uniformierte Polizisten gemeinsam in brutaler Weise gegen die Anwesenden, darunter auch Günter Routhier, vorgingen. Die betreffenden Polizisten dagegen haben von der Klassenjustiz wiederholt bestätigt bekommen, daß sie ihre Pflicht erfüllt haben und traten auch in diesem Prozeß wieder als Zeugen gegen die von ihnen mißhandelten Genossen auf. Ja, der Staatsanwalt in diesem Prozeß ereiferte sich sogar in seinem Plädoyer noch über die Forderung der Angehörigen von Günter Routhier und der Partei, alle 27 Polizisten, die an diesem Überfall beteiligt waren, vor Gericht zu stellen: So etwas sei doch wohl nicht ernst zu nehmen. Aber Gott sei Dank gäbe es in der gesamten Bundesrepublik kein Gericht, das so etwas tun würde. Eine Feststellung, mit der der Staatsanwalt zweifellos recht hat. Denn es gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Klassenjustiz, das Vorgehen der Polizei gegen Kommunisten und Revolutionäre zu decken und stattdessen die Kommunisten und Revolutionäre zu verfolgen, sie mit Geld- oder auch Gefängnisstrafen für ihren Kampf gegen diesen kapitalistischen Staat zu bestrafen.

Die angeklagten Genossen entlarvten in ihren Schlußworten alle Versuche der Klassenjustiz, die Wahrheit über die Ereignisse bei der Arbeitsgerichtsverhandlung zu vertuschen. Sie betonten, daß auch die massive Verfolgungskampagne, mit der die Bourgeoisie in den letzten drei Jahren vor allem gegen Genossen der Partei vorging, ihr nichts genützt hat. Keiner der angeklagten Genossen ließ sich zwingen, die Wahrheit zu verleugnen; immer mehr Menschen erkannten durch den Kampf der Partei den Charakter dieses kapitalistischen Staates, der sich im Juni 1974 in seiner ganzen Brutalität offenbart hatte; immer mehr wuchs auch die Solidarität der Werktätigen mit dem Kampf der Partei.

So kamen auch zu diesem Prozeß eine ganze Reihe von Werktätigen, die bisher nicht mit der Partei gekämpft haben, die aber nach dem Besuch dieses Prozesses davon überzeugt waren, daß die Partei recht hat und daß das Gericht nicht die „Wahrheit sucht", sondern seine Aufgabe als Klassengericht allein darin sieht, Genossen der Partei zu verurteilen.



DÜSSELDORF

Anläßlich der Verhängung von fünf Todesurteilen gegen Antifaschisten in Spanien fand im September'75 eine spontane Demonstration in der Nähe des Düsseldorfer Hauptbahnhofs statt. Diese kleine Demonstration von ca. 20 Menschen wurde brutal zusammengeknüppelt. Wie so oft folgten Anklagen. Wegen Widerstand und Körperverletzung standen ein Sympathisant der Partei und drei GRFler zum zweitenmal vor der Klassenjustiz. In erster Instanz wurden sie zu zweimal 1.800 DM, 900 DM und einer Woche Jugendarrest verurteilt. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht wurde das Urteil bestätigt.

KIEL

Die Klassenjustiz hat jetzt die Anzeige gegen den Polizisten, der den Roten Betriebsrat von HDW, Bernd Woitalla, bei der Demonstration in Brokdorf im November 1976 mit einem gezielten Steinwurf so schwer am Kopf verletzten, daß er schwere Gehirnverletzungen erlitt und längere Zeit in Lebensgefahr schwebte, niedergeschlagen. Begründung: Der betreffende Polizist könne nicht ermittelt werden. Das ist eine offensichtliche Lüge. Denn die Staatsanwaltschaft, die Hunderte von Ermittlungsverfahren gegen Demonstranten einleitete, ist natürlich ohne weiteres in der Lage, einen Polizisten, gegen den Anzeige erstattet wurde, ausfindig zu machen. Die Begründung der Klassenjustiz heißt deshalb nichts anderes, als daß sie auch in diesem Fall das Verbrechen eines Polizisten deckt.

Sippenhaft

Nachdem die vier Roten Betriebsräte von HDW-Kiel im letzten Jahr aus politischen Gründen entlassen wurden, droht nun auch der Frau des Roten Betriebsrats Hans Komnick, die seit 2 1/2 Jahren Realschullehrerin zur Anstellung in Elmshorn ist, eine politische Entlassung, sprich: Berufsverbot.

Kurz bevor sie Beamtin auf Lebenszeit werden sollte, erhielt sie am 11. 6. 77 vom Landesschulamt Kiel einen Brief, in dem ihr die Entlassung angedroht wird, weil sie in den Jahren 1974/75 an öffentlichen Veranstaltungen und an Demonstrationen der KPD/ML teilgenommen haben soll.

Diese Berufsverbotsdrohung gegen Jutta Komnick, die offenen Gesinnungsterror bedeutet, hat an ihrer Schule große Empörung hervorgerufen. Die sogleich informierten Lehrer und Schüler stellten sich in der Mehrheit hinter Jutta Komnick und forderten über Protestresolutionen an das Landesschulamt die sofortige Zurücknahme der Entlassungsdrohung.

Eine in der GEW organisierte Gruppe fortschrittlicher Lehrer verteilte ein Flugblatt für die Eltern und Schüler, in dem gefordert wird: „Jutta Komnick muß Lehrerin bleiben." Daraufhin sammelten spontan mehrere Klassen, in denen sie unterrichtete, Unterschriften und hängten Protestplakate in der Schule auf. Einige Eltern solidarisierten sich sogleich am nächsten Tag und auch der Personalrat der Schule hat sich aktiv gegen die geplante Entlassung eingesetzt. Einige Schüler nahmen in der Stadt selbständig den Kampf auf und verteilten bzw. klebten auf einem Flohmarkt selbstgemachte Plakate und Flugblätter. Eine Veranstaltung zum Thema „Berufsverbote" ist geplant.

Jugendliche protestieren gegen Polizeiterror

Innerhalb einer Woche, am 14. 6. und am 21. 6., kam es allein in Norddeutschland zu zwei spontanen Protestaktionen von Jugendlichen gegen den Terror der Polizei.

Wilhelmshaven. Korrespondenz. Folgendes erlebten wir am Dienstag, den 14. 6. um 22.30 Uhr in der Wilhelmshavener Hauptgeschäftsstraße. Wir sahen schon von weitem eine Traube von Menschen um einen Wagen herumstehen. Als wir näherkamen, sahen wir, wie jemand mit einem Gummiknüppel einen jungen Mann, der an das Auto gelehnt stand, abtastete. Dann wurde er in den Wagen hineingestoßen. Ein zweiter junger Mann, der seinen Kollegen begleiten wollte, wurde von einem blitzschnell aussteigenden Polizisten rückwärts über ein Blumenbeet gestoßen und mit dem Gummiknüppel traktiert. Danach fuhr das Auto — ein ziviler Polizeiwagen — mit dem Festgenommenen weg. Mit ihm fuhren noch ein weiterer ziviler und zwei Streifenwagen ab.

Wir unterhielten uns mit den ca. 25 Jugendlichen, die dort standen und über den Polizeiterror sehr empört waren. „Wir sind bei der Marine", sagte mir einer. „Wir sind heute mit dem Schiff angekommen und haben einen Landbummel unternommen. Dabei haben wir natürlich einige Bier getrunken und sind dann singend diese Straße lang gelaufen, bis uns die Polizei hier überfiel. Wir sollen angeblich hier eine Telephonzelle beschädigt haben. Aber das stimmt nicht. Die haben uns nur deshalb rausgegriffen, weil wir gesungen haben. Der, den sie verhaftet haben, hatte von dem zivilen Polizisten die Dienstnummer und den Namen verlangt, um sich zu beschweren."



Demonstration zum Polizeipräsidium in Kiel

Während wir uns unterhielten, bildete sich eine Gruppe, die wissen wollte, wo das Polizeipräsidium ist. Wir erklärten es ihnen. Einige gingen dann sofort los, drehten sich aber noch einmal um und riefen: „Kommt alle mit, zu dritt erreicht man doch nichts, wir müssen alle hin." Daraufhin zog ein großer Trupp in Richtung Polizeipräsidium, um die Freilassung des Festgenommenen zu erreichen.

Kiel. Korrespondenz. Während der Kieler Woche überfielen 10-15 Polizisten eine Straßentheatergruppe, während sie die Ermordung Benno Ohnesorgs darstellte. Die Polizisten prügelten wahllos auch auf die Zuschauer ein. Ein Theaterspieler und drei völlig Unbeteiligte wurden festgenommen. Als sich gegen diese Festnahmen spontaner Protest erhob, gingen die Polizisten erneut mit dem Schlagstock vor. Dabei forderten sie die „Bürger" auf, nach Hause zu gehen. Wer bleibe, werde von ihnen als „Terrorist" angesehen. Daraufhin formierten sich ca. 500 Personen zu einer Demonstration zur „Blume", dem Kieler Polizeipräsidium. Obwohl das gesamte Gebiet um das Polizeirevier abgesperrt wurde, blieben noch bis 22 Uhr Demonstranten da — solange, bis auch der letzte Festgenommene wieder freigelassen war.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Fingerspitzen durch Röntgenstrahlen zerstört

Genossen,

folgender Fall, von dem ich gehört habe, zeigt die Skrupellosigkeit mancher Ärzte:

Eine Arzthelferin kommt mit Strahlenschäden an den Fingerspitzen in die Strahlenabteilung der Universitätshautklinik in Münster. Bei der Ermittlung der Ursachen für diese Schäden kommt folgendes zutage: Sie arbeitet bei einem Arzt, der Warzenbestrahlung vornimmt und das häufig bei kleinen Kindern. Da kleine Kinder bekanntlich nicht stillhalten, mußte die Arzthelferin in der Regel den zu bestrahlenden Körperteil (z. B. die Hand) unter dem Bestrahlungsgerät festhalten und das ohne Handschuhe. Man kann sich vorstellen, welcher Strahlenbelastung ihre Hände ausgesetzt waren! Als die ersten Hautveränderungen an den Fingerspitzen auftraten, stellte der Arzt die Diagnose „Neurodermitis", das ist ein Hautausschlag, der allerdings meist am ganzen Körper auftritt. Dann ordnete er die „Therapie" an: Bestrahlung!! Mittlerweile sind die Fingerspitzen soweit zerstört, daß sie wahrscheinlich amputiert werden müssen. Jetzt behauptet der Arzt, das sei eine Folge der Therapie! Und vor Gericht wird er wahrscheinlich damit durchkommen, weil diese Herren davon ausgehen werden, daß es nicht mehr mit Sicherheit festzustellen ist, woher die Strahlenschäden kommen. In solchen Fällen wird natürlich in Zweifelsfällen das Urteil zugunsten des Angeklagten ausfallen. Für alle, die von dem Fall hörten, war allerdings klar, daß dieser Arzt hier ganz bewußt seine Helferin zum Krüppel machte, um dann gezielt die Spuren zu verwischen. Denn jeder Arzt kennt die Folgen von Strahlenschäden an den Händen. Bei Radiologen gilt das auch als Berufskrankheit.

Weiter erfuhr man von der Arzthelferin, daß sie schon einmal schwanger war, das Kind aber tot geboren wurde. Die Ärzte wollten ihr damals das Kind nicht zeigen und auch nicht sagen, warum es tot war. Auf die Frage hin, ob sie keine Bleischürze getragen habe (zum Schutz des Unterleibes vor Strahlen), antwortete sie: im allgemeinen schon, nur in den letzten Wochen der Schwangerschaft sei es zu beschwerlich gewesen, über dem dicken Bauch eine Bleischürze zu tragen.

Und der Arzt wußte von alledem. Dabei ist es laut Mutterschutzgesetz einer schwangeren Frau nicht gestattet zu röntgen. Sie muß einen anderen Arbeitsplatz zugewiesen bekommen. Ein Ersatz für die Schwangere war dem Arzt wahrscheinlich zu teuer, da nahm er lieber in Kauf, daß das Kind getötet oder verkrüppelt wurde.

Wir müssen wirklich mit aller Kraft dafür kämpfen, daß solchen Gangstern ein für allemal das Handwerk gelegt wird.

Rotfront,
ein Genosse aus Münster

Auf Kosten der Ärmsten der Armen

Liebe Genossen,

um die Hungerrationen der Sozial„hilfe" noch mehr kürzen zu können, jammert die Bourgeoisie immer lauter über den angeblichen Mißbrauch der Sozialhilfe durch gewissenlose Faulenzer. Daß die Bourgeoisie einen großen Teil der Sozialhilfeleistungen direkt einsteckt, darüber schweigen sie still. Beispiel: die hohen Pflegesätze für Alters-, Pflege- und Behindertenheime. Beispiel aber auch die hohen Mieten, die das Sozialamt zahlt.

Ich lernte vor kurzem eine junge Frau mit drei kleinen Kindern kennen, der das Sozialamt eine Miete von 800 DM bezahlt. 800 DM für eine 1 1/2-Zimmer-Wohnung, winzige Küche, Bad und Flur, möbliert, maximal 30 qm groß. Die Wohnung liegt im Keller, ist dunkel und kühl. Die junge Frau und ihre Kinder bekommen zusammen aber nur 685 DM zum Lebensunterhalt, weniger, als der Hausbesitzer für dieses Loch kassiert. Freundlicherweise hat das Sozialamt auch noch „vergessen", ihr einen Mehrbedarfszuschlag von 81,60 DM zu zahlen. Dem ältesten Kind war ein zu niedriger Regelsatz berechnet worden. An Kleidergeld hatte das Sozialamt pro Person 100 DM gegeben, obwohl der Frau bis 250 DM zustehen und den Kindern bis zu 150 DM im Halbjahr. Von den anderen einmaligen Beihilfen, die die Familie bekommen kann, hatte man erst gar nichts gesagt. Es ist heute üblich, offen gegen das Bundessozialhilfegesetz zu verstoßen, um auf Kosten der Ärmsten der Armen zu sparen. Aber wohin fließt das Geld? Für wen hungern viele Sozialhilfeempfänger?

Nicht weit weg, ein paar Häuser weiter, steht eine leerstehende Villa im Frankfurter Westend. Seit dem 1. März 1975 leer. Bewachungskosten jährlich 100.000 DM. Es ist die Villa des ehemaligen Präsidenten der Hessischen Landesbank, Hankel, der hier 1 1/2 Jahre residierte. Dafür zahlte die Helaba: 6,2 Mio. für den Ankauf, 3,1 Mio. für den Umbau durch einen Pariser Architekten. Obwohl die 298 qm große Wohnung (mit Sauna und Solarium) einen vom Finanzamt festgelegten Mietwert von 4.133 DM hatte, zahlte Hankel nur 2.000 DM. So der hessische Landesrechnungshof. Die Helaba wurde mit 3,4 Mrd. DM aus dem Steuersäckel saniert. Die Arbeiterklasse bezahlte auch Hankels Sonderwünsche in seiner Chefetage: zwei Gemälde von Emil Nolde für 315.000 DM, ein Silberleuchter für 18.500 DM usw. So leben die wirklichen Schmarotzer. Allein die Helaba verschlang aus Steuermitteln ungefähr soviel wie die gesamte Hilfe zum Lebensunterhalt aus den Mitteln der Sozialhilfe 1976 in der Bundesrepublik ausmachte. Diese Schmarotzer wird die Arbeiterklasse eines Tages davonjagen und auch die Sozialhilfeempfänger werden ihren Teil dazu beitragen.

Ein Genosse aus Frankfurt

Verrostete Nägel und andere Kostbarkeiten

„Die frühen Arbeiten des Künstlers befinden sich im Obergeschoß, die späten Werke in der unteren Etage." Der ältere Herr, der uns den Weg wies, hatte ausgebeulte Breitcordjeans an. Die ihm verbliebenen Haare hingen lässig in den Nacken. Ein Intellektueller, vielleicht selbst ein Künstler, dachte ich bei mir. Er sprach sehr akzentuiert, man hörte ihm die hohe Bildung sofort an. Wir stiegen also ins Obergeschoß. Die frühen Arbeiten waren Tuschezeichnungen. Mit viel Mühe konnten wir manchen Bildern abverlangen, was sie darstellen sollten. Eine zeitgenössische Ausstellung eines zeitgenössischen Malers. Wir hatten so etwas erwartet. Spätestens nach dem vierten oder fünften Bild betrachteten wir die Zeichnungen nur noch flüchtig, größere Unterschiede zwischen ihnen waren sowieso nicht erkennbar. Die „frühen Arbeiten" seufzend hinter uns lassend, stiegen wir ins Erdgeschoß hinab. Doch was sich uns hier bot, verschlug uns die Sprache. Da waren eine Unmenge Glaskästen aufgehängt, in jedem ein Stück Kohlebrikett, wahrscheinlich als unverwechselbares künstlerisches Identifikationsobjekt. Neben den Briketts waren dann noch Zigarettenstummel, aufgebrochene Konservendosen, verschimmelte Brotlaiber, eine Reihe durchsichtiger Plastikbeutelchen mit rostigen Nägeln, eine gebrauchte Damenbinde und dergleichen Wahnsinn mehr. Außerdem waren in manchen dieser Glaskästen vergilbte Fotos aus alten Illustrierten aufgehängt. Sie zeigten neben Szenen aus dem Vietnamkrieg, hungernde Kinder und als Gipfel der Unverschämtheit den Genossen Mao Tsetung, den der „Künstler" mit obszönen Krakeleien beschmiert hatte. Dieser Schmutz, diese schändlichsten Beleidigungen von Revolutionären und Kommunisten erzeugten in uns eine unbeschreibliche Wut. Am liebsten hätten wir diese „Kunstwerke" von den Wänden gerissen und zertrümmert, die zudem noch jeweils mehrere hundert Mark kosteten.

Wie erfrischend, aussagekräftig, verständlich gegen diese geisteskranken Auswüchse bürgerlich-intellektueller Schmierer doch die proletarische Kunst ist, die die Empfindungen der Werktätigen, ihr tägliches Leben, ihren Klassenhaß und ihren Kampf einfach, realistisch und schön darzustellen vermag. Die sozialistische Revolution, die auch diese bürgerlich dekadente Kunst beseitigen wird, wird dieser proletarischen Kunst zu ihrer vollen Entfaltung verhelfen.

Rotfront
Genossen aus Hannover

"Wir bedanken uns für so eine Kunst!"

Hunderttausende von Mark wird auch in diesem Jahr die Stadtverwaltung von Kassel ausgeben, um die „documenta", eine Mammutschau „moderner Kunst" auszurichten. Dieses Geld ist sinnlos vergeudet.

Selten hat man wohl eine solche Anhäufung inhaltsleerer und dekadenter „Kunstwerke" gesehen wie in Kassel. Die sogenannten Künstler, die sich hier produzieren, sind Scharlatane, die sich vollständig von der Wirklichkeit gelöst haben. Ausgehalten und gefeiert von der Bourgeoisie geht es ihnen lediglich darum, einen neuen „letzten Schrei" zu kreieren oder eine besonders abgefeimte Perversion zu erfinden, um die kranke Phantasie ihrer Geldgeber zu reizen. Was soll man zum Beispiel dazu sagen, wenn jemand auf die Idee kommt, ein 1.000 Meter tiefes Loch zu bohren und das als Kunst zu verkaufen?

Daß solche „Kunstwerke" auf die immer größere Empörung vieler Werktätiger stoßen, davon konnte sich nicht nur der Erfinder des „Bohrlochs" überzeugen — seine Bohrstelle mußte mehrmals abgesichert und von der Polizei bewacht werden —, sondern auch der Konstrukteur des sogenannten „Nürnberger Fingers". Dieses preßluftgefüllte Gebilde, das angeblich auf „Nürnberg und die Zukunft weist", ist nun


Der zerstörte „Finger"

von empörten Bürgern der Stadt schon dreimal zerstört worden. Da half es auch nichts, daß die Stadtverwaltung den „Finger" durch den Bau eines Erdwalls, eines Zauns und einer zwei Meter hohen Blechmanschette schützen wollte.

Die Werktätigen bedanken sich für so eine „Kunst".

Aus den Beiträgen zum Artikelwettbewerb

"Ehrenwerte Herren"

Wir Studenten der Technischen Hochschule Hannover (TH) fordern schon seit Semestern eine neue Mensa. In „Stoßzeiten", d. h. wenn Vorlesungsschluß um 12.00 Uhr und um 13.00 Uhr ist, bilden sich lange Schlangen vor der Essensausgabe und man muß damit rechnen, bis zu 20 Minuten auf das Essen warten zu müssen. Die Schlange geht dann durch den gesamten Essenssaal, durch den Mensavorraum bis hinaus ins Freie und ist nicht selten bis zu 150 m lang. Es ist im Winter oder bei Regen nicht gerade angenehm, dort draußen zu stehen und zu warten. Hat man endlich eins der ca. 5.000 Essen, die hier täglich ausgegeben werden, ist das Warten noch lange nicht vorbei. Jetzt muß man einen Sitzplatz finden — man such sich einen Studenten, dessen Teller fast leer ist und stellt sich provokativ hinter ihn. „Beeilen soll er sich", denn man will das Essen wenigstens halbwarm runterwürgen. Kommt man an einen Tisch, wo vorher schon Dutzende andere gegessen haben, ist das oft nicht sehr appetitlich, aber nach zehn Minuten hat man es ja geschafft — außerdem wartet der nächste schon hinterm Rücken.

„Unsere" Herren Professoren haben es da besser. Einige von ihnen essen ebenfalls in der Mensa. Für sie gibt es keine Schlange, kein Warten, keine verschmutzten Tische. Sie brauchen sich das Essen noch nicht einmal selber zu holen — das Studentenwerk hat dafür extra eine Bedienungskraft. Die Professoren sitzen in einem gemütlichen Nebenzimmer mit Polstersesseln und genügend Platz.

Jetzt hat allerdings der niedersächsische Landesrechnungshof ihre Ruhe gestört. Er klagt mehrere Professoren der TU der Korruption und der persönlichen Bereicherung an. Bekanntlich hackt ja eine Krähe der anderen kein Auge aus — aber wenn es sich wie bei einem Professor Bammert um 1,8 Millionen DM in fünf Jahren handelt . . . Dieser „ehrenwerte Herr" nahm z. B. 520.000 DM als Honorar für „die Begutachtung und laufende Betreuung" von Industrieaufträgen persönlich in Anspruch. 310.000 DM Honorar für die „Ausarbeitung von Vorträgen, Vorlesungen" etc. ließ er sich von einem vorschriftswidrigen Institutskonto auf sein Privatkonto überweisen. Es kommt aber noch besser.

„Seit 1966 unterhielt das Institut einen auf seinen Namen zugelassenen PKW der Marke BMW V8, den er zwischenzeitlich gegen einen Mercedes Benz 300 SEL 3,5 austauschte und seit Juli 72 durch einen Mercedes Benz 350 SE mit Sonderausstattung ersetzte."

„So ließ er sich bis auf insgesamt 5,18 DM alle in der Zeit vom 1. 1. 70 bis 30. 6. 75 von seinem privaten Fernsprechanschluß geführten Gespräche vom Institut als ‚Dienstgespräche' erstatten."

„Des weiteren zahlte das Institut seit 1971 für den Institutsdirektor die Versicherungsprämien in Höhe von jährlich rund 485 DM für dessen Unfallversicherung in Höhe von 100.000 DM für den Todesfall und 200.000 DM bei Invalidität." (Zitate: Bericht des Landesrechnungshofs).

Professor Bammert ließ sich darüber hinaus vom Institut 4.500 DM an Mitgliedsbeiträgen für diverse Vereine bezahlen, verschaffte sich ein Darlehen in Höhe von 50.000 DM zu einem Zinssatz von nicht einmal einem halben Prozent usw. usf.

Daß dies alles nur die Spitze vom Eisberg ist, zeigen viele andere Fälle von Korruption und Betrügereien an den bundesdeutschen Hochschulen. Aufsehen erregten ja schon vor zwei Jahren die Ereignisse an den Hochschulen Baden-Württembergs. Brauchte Professor Bammert an der TU Hannover fünf Jahre, um sich 1,8 Millionen DM zusammenzugaunern, schaffte es dort ein Klinikdirektor in einem Jahr. Und der Direktor des Freiburger Hygieneinstituts nahm 521.000 DM in einer Zeit ein, in der er beurlaubt war!

Diese skandalöse Bereicherung einiger Herren Professoren wurde aufgedeckt, weil sie den Bogen überspannt haben. Dennoch ist so etwas typisch. Für einen Professor, zumal wenn er in der Universitätshierarchie eine höhere Stellung bekleidet, gibt es ungezählte Möglichkeiten, sich diesen oder jenen fetten Nebenverdienst zu sichern. Der bürgerliche Staat betreibt die Universitäten im Dienst und zum Nutzen des Kapitals. Und das heißt eben auch: große Privilegien für eine kleine Kaste hochbezahlter Professoren, die für die Kapitalisten forschen, auf der einen Seite — eine immer schlechtere Ausbildung, eine immer unerträglicher werdende Studiensituation für die große Masse der Studenten auf der anderen Seite.

Offiziere aus dem Iran bei der Bundeswehr

Die westdeutschen Imperialisten unterstützen überall in der Welt die volksfeindlicher faschistischer Regime, deren Hände mit dem Blut zahlloser ermordeter Arbeiter und Bauern, Revolutionäre und Patrioten befleckt sind. Ob es sich um Pinochet in Chile, Suharto in Indonesien, Vorster und Smith in Südafrika und Rhodesien handelt — für die westdeutschen Imperialisten sind sie Partner, mit denen sie intensiv zusammenarbeiten, um den revolutionären Kampf der Völker für ihre Befreiung zu unterdrücken.

So gehört auch der Schah vom Iran zu den bevorzugtesten Geschäftspartnern der westdeutschen Kapital- und Bankherren und der Bonner Regierung. Waffen und Kredite, die die Völker des Iran teuer bezahlen müssen, werden nach Teheran geschickt und auch die riesige Armee, die der Schah als Kettenhund der Imperialisten zur Unterdrückung der breiten werktätigen Massen im eigenen Land und für den Überfall auf andere Völker unterhält, profitiert von den besonderen Erfahrungen, die die deutschen Imperialisten in zwei von ihnen angezettelten Weltkriegen und in der Zeit des Hitlerfaschismus gesammelt haben. So werden zur Zeit in der Gießener Nachschubkompanie der Bundeswehr vier iranische Offiziere ausgebildet. Sie absolvieren hier ein sogenanntes Truppenpraktikum zur Vorbereitung auf das Studium an einer Bundeswehrhochschule. Ihre Ausbildung erfolgt im Rahmen eines vor einigen Jahren abgeschlossenen deutsch-iranischen Ausbildungsvertrages, der dazu dient, der iranischen Armee „qualifizierte Führungskräfte" zu liefern.

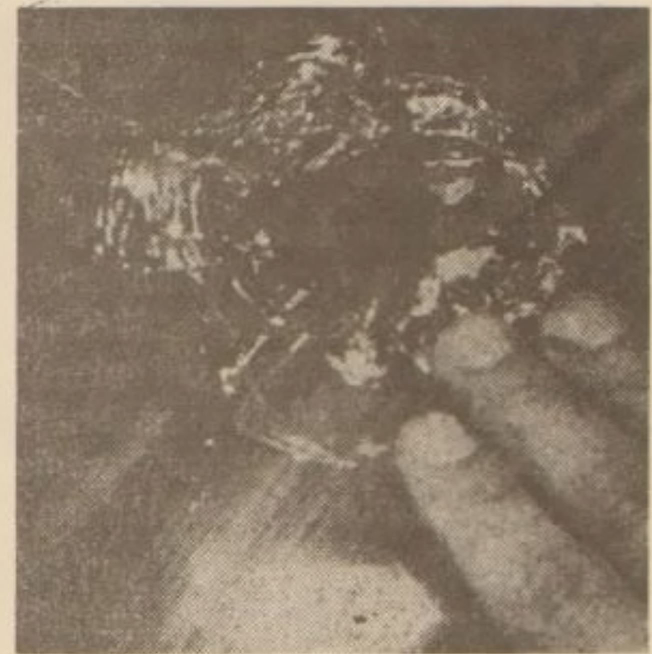
Derart ausgebildete Offiziere, das wissen die westdeutschen Imperialisten ganz genau, gehören zu den festesten Stützen der imperialistischen Ausbeuter der Völker des Iran. Beeinflußt von dem, der sie ausgebildet hat und in seinem Geist erzogen, sind sie nicht nur willfährige Unterdrükker der werktätigen Massen, sondern auch, wenn es nötig sein sollte, diejenigen, die Putsche organisieren, um das Joch des Imperialismus aufrechtzuerhalten. So sehen die wirklichen Motive der westdeutschen Imperialisten aus, die sie, wie immer bei solchen Gelegenheiten, hinter einem Schwall von Worten über „Partnerschaft" und „Hilfe" zu verstecken versuchen.

Polizeimord in Bochum

Am Samstag, den 2. 7. nachmittags, wurde in Bochum der Fuhrunternehmer Gustav Schlichting — 36 Jahre, verheiratet, Vater von zwei Kindern — vor dem Haus seiner Mutter von einem Polizisten erschossen. Nachdem der Fuhrunternehmer nach einem Streit mit seiner Mutter mit einem seiner Fahrzeuge deren Kiosk demoliert hatte, rief seine Frau die Polizei. Es kamen zwei Polizisten, die zunächst mit Gummiknüppeln auf Schlichting einschlugen. Als er versuchte, sich mit einem Besenstiel zu wehren, lief der eine Polizist zum Streifenwagen, um Verstärkung anzufordern. Der andere aber erschoß Schlichting — wie es in den Zeugenaussagen heißt — aus 3 m Entfernung mit ausgestrecktem Arm.

Nachträglich versuchte die Polizei diesen Mord in „Notwehr" umzudichten. In den bürgerlichen Zeitungen war zu lesen, daß Schlichting mit dem Messer auf die Polizisten losgegangen sei — eine Lüge, die den Zeugenaussagen völlig widerspricht.

In der Bevölkerung hat dieser Polizeimord große Empörung hervorgerufen. Denn der Fall Gustav Schlichting ist bereits der vierte Fall im Raum Bochum und Umgebung, in dem Polizisten bei ihrem Einsatz einen Mordanschlag verübten. Die Polizisten aber wurden in jedem Fall freigesprochen, bzw. erhielten eine lächerlich niedrige Geldstrafe. Eine Tatsache, die beweist, daß es sich bei diesem lebensgefährlichen Polizeiterror keineswegs um „Übergriffe" einzelner Polizisten handelt, die im Widerspruch zum Recht dieses kapitalistischen Staates stehen. Dieser Terror der Polizei geschieht vielmehr auf dem Boden dieses kapitalistischen Unterdrückerstaates und wird deshalb auch von ihm gedeckt und gebilligt.

Gustav Schlichting war nicht das erste Polizeiopfer in Bochum. 1975 feuerte die Polizei bei einer Fahndung 26 Schüsse auf den völlig unbeteiligten Fußgänger Gerhard Send ab, der u. a. einen lebensgefährlichen Bauchschuß erlitt. Bild links: Gerhard Send im Krankenhaus. Bild rechts: Eine Polizeikugel durchschlug die Panzerglasscheibe.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30 Sa 9-12 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do 9-13 und 15-18, Di und Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.